

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

298 (28.10.1921) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Werbung:
In der Karlsruher Zeitung sind alle Anzeigen zu den besten Bedingungen zu erhalten. Die Preise sind nach dem Raum und der Dauer der Anzeigen zu bestimmen. Die Redaktion ist für die Anzeigen zu sprechen. Die Anzeigen werden in der Karlsruher Zeitung und in den anderen Zeitungen der Provinz veröffentlicht.

Verlag:
Verlag des Karlsruher Tagblatts, Karlsruhe, Hauptstraße 11-13, 1. Stockwerk.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Mode und Heim“ / „Die Scholle“

Verantwortlich für den Inhalt: Hermann v. Paer, Karlsruhe, Hauptstraße 11-13, 1. Stockwerk. Druck: C. F. Müllerische Buchdruckerei, Karlsruhe, Hauptstraße 11-13, 1. Stockwerk.

118. Jahrg. Nr. 298.

Freitag, den 28. Oktober 1921

Erstes Blatt.

Die große Geste.

Der noch im Zweifel darüber ist, daß wir noch mitten in der Revolution, wenn man in ganzlicher Verkennung der geschichtlichen Begründung die letzte europäische Ummwälzung so nennen darf, stehen, der gebe an die Spitze und in unser Parlament. Hier und dort werden heute in atemloser Hast und struppelosester Weise Werte verhandelt, es wird in einer Weise um Güter und Interessen geistlich, die zu- und Ausland mit Kopfstößen zwischen lassen und uns täglich mehr zeigen, wie wir auf der abschüssigen Bahn vergeblich stehen.

Während von den Dächern des Reichstagspalastes die Fahnen auf Halbhoch wehen, um die Trauer des deutschen Volkes für neue nationale Verluste zu symbolisieren, streifen sich in seinem Innern unsere sogenannten Volksvertreter über das Mein und Dein kleinlicher Parteinteressen, findet eine Regierung, die eben erst mit der großen Geste sittlicher und nationaler Enttötung zurückgetreten ist, schon nach vier Tagen wieder den Weg auf den alten Pfad, um sich mit dem freundlichsten, nur wenig verändertem Gesichte dem Reichstag vorzutellen.

Der Reichspräsident Ebert hat in seinem Appell an die Notwendigkeit einer handlungsfähigen Regierung betont und gebeten, unter Zurücksetzung parteipolitischer Rücksichten sich noch einmal für die Sache zu opfern. Das sind wahrlich große Gedanken und Worte, und es wäre erwünscht, daß hinter ihnen die Taten ständen. Wenn die Voraussetzungen Eberts, die er an die neu aufzunehmende Tätigkeit des Reichspräsidenten stellen wollte, dann wird uns das Kabinett die Lösung der der nächsten Zukunft vorbehaltenen Aufgaben bringen. Wir gegen jedoch starke Zweifel, daß dies möglich sein wird, und glauben so wenig an die Handlungsfähigkeit dieser Regierung, daß wir ihnen weiteren Maßnahmen mit einer Reserve gegenüberstehen. Das Kabinett ist zweifellos ja nur ein Übergangskabinett, und es ist eine Frage der Zeit, wann diese Regierung, die sich selbst überlassen ist, einer von der breiten Masse des Volkes getragenen, Platz machen wird, die zeigt, daß sie tatsächlich den Anforderungen der Stunde gerecht zu werden vermag. Bisher ist das ebenmäßig möglich gewesen, wie eine Koalitionsregierung aufzuheben zu bringen, weil in den Kämpfen und Feilschen um parteipolitische Interessen das große Ganze wieder einmal unterlag. Schließen trägt die Folgen, in Schließen müssen nun über 200 000 deutsche Familien den Weg gehen, den ein verbrecherisches Diktat, das französische Machtwort entworfen ist, gezeichnet hat. Das Ausland lacht. Fragend und vorwurfsvoll richten sich die Augen der gewaltigen Arbeitermassen nach Berlin.

Wenn nun die deutsch-polnischen Unterhändler zusammenreten, so wird es sich erweisen, wie weit die unruhigen mit der durch die neue Lage geschaffenen Lage imstande sind, unsere Interessen zu vertreten und zu retten, was noch zu retten ist. Viel hängt davon und von dem Handeln der Regierung ab. Möge sie ihre Aufgabe in einer anderen Richtung suchen als bisher und vor allem durch tatkräftiges Handeln es verstehen, das deutsche Volk endlich zu einer geschlossenen und einheitlichen Bekundung seines nationalen Willens zusammen zu bringen. Wenn auch die Männer der neuen deutschen Regierung zum größten Teil in der alten vertreten waren, so ist doch durch das Abtreten der Deutschen Volkspartei und die Sympathiebewegung der Unabhängigen eine wesentliche Veränderung Lage geschaffen worden. Auch das Vertrauenstimmotum zeugt in dem Kabinett des parlamentarischen Systems ein neues Bild. Die lange Leier des Bestehen bleiben wird, ist unüberwindlich. Die Stimmen der Ausländer, die zu uns überdrüssig sind, lassen erkennen, daß man der Geste des Rücktritts des Kabinetts, der gestern erfolgte, um heute einem neuen, ohne Koalition, unter viel schwierigeren Verhältnissen Platz zu machen, etwas verständiglos gegenübersteht. Man weiß auf den Rückzug der deutschen Politik hin, die nicht in der Lage sei, sich die Grundlage für jede Handlungsfähigkeit — das allgemeine Vertrauen auch nach außen — zu erwerben.

Frankreich wie seinen Spiegeleisen ist es wohl bekannt, daß Polen in kurzer Zeit und mit schnellen Schritten dem Untergang zuweilt. Es liegt ihm deshalb daran, seinen Schützling vor diesem Schicksal zu bewahren, und die Handlungsbereitschaft hierzu soll Deutschland verrichten. Schon daraus ergibt sich die Aufgabe unserer Verhandlungsführer. Man ist sich in politischen und wirtschaftlichen Oberbegriffen darüber klar, daß, wenn ein Teil dieses Landes schon einmal gegen Recht und Abtötung uns gebracht werden und an Polen fallen sollte, es Befreiung wäre, für die politische Grenzführung einen glatten Federstrich über die Karte zu ziehen. Man hätte es dadurch den Ländern selbst überlassen, über die Fortdauer der industriellen Entwicklung Oberschlesiens nachzudenken, zu verhandeln und die Polen gezwungen, zu uns zu kommen, um uns um die weitere

Betätigung unserer Intelligenz, unseres Organisationsstrebens, unseres Wissens und Reiches in den abgetrennten Gebieten zu bitten. Nun hat man es anders gemacht, und das Resultat wird zeigen, ob es klüger war. Zu allem werden die Verhältnisse, die Entwicklung des Marktwertes und die Verkehrsverhältnisse — man denke an den gemeinsamen Eisenbahnbetrieb in Verbindung mit der fast unmöglichkeit Wagenkontrolle, die Wasserumschlagstellen, die Obergangsfahrt — die Unterländer vor Aufgaben stellen, denen jeder geschichtliche Vorgang fehlt.

Die Nachwirkungen des Karl-Putsch.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Das jüngste Karlabenteuer scheint mit der raschen Niederlegung des Putschgeschehens nicht erledigt zu sein. Im Gegenteil: Er ist jetzt wieder seine Auswirkungen über die lokalen Grenzen des Handlungsortes hinaus und nehmen einen internationalen Charakter an. Die Reaktion ist in diesem Falle die gleiche, wie nach ähnlichen überraschenden Ereignissen in Deutschland. Auch nach dem Rapp-Putsch und nach der Erschießung Erzbergers traten sofort interessierte Parteien — in diesen Fällen die radikale Linke — mit Forderungen nach „Garantien“ auf gegen die Möglichkeit einer Wiederholung derartiger Vorkommnisse. Analog diesen Forderungen tritt jetzt die kleine Entente mit einer Energie, die in ungeheurerem Verhältnis zu ihrer militärischen Kraft steht, mit Forderungen an Ungarn heran, die kaum in irgendeiner Zusammenhang mit dem Karlputz gebracht werden können. So soll die Fortschrittregierung, die so schnell und energig das Abenteuer niedergeschlagen hat, jetzt sofort abtreten, außerdem soll die ungarische Regierung, die doch selbst das Objekt des Putsches ist, die Wiedermachungsbedingungen der Tschechen und Südslawen bejahen. Die ungarische Regierung wird nicht nur diese Forderungen, sondern auch jene nach Auslieferung des Erzbergers abweisen müssen, denn der Erzberger wird ja gleichgültig aus von einigen Mächten der großen Entente verlangt.

Der bevorstehende Konflikt wird aber in ein besonders merkwürdiges Licht gerückt, wenn man erfährt — es handelt sich um eine Information, die hier von unterrichteter Seite bestätigt wird —, daß der englische und französische Gesandte in Belgrad einen Schritt unternehmen hätten, um mit Berufung auf die vollendete Niederwerfung des habsburgischen Restaurationsversuches die Einstellung aller militärischen Maßnahmen in Südslawien und der Tschecho-Slowakei zu verlangen. Da ja aber diese beiden Staaten die erwähnten Forderungen an Ungarn ultimativ und mit der Androhung von Zwangsmaßnahmen gerichtet haben, so bedeutet der französisch-englische Schritt nichts weiter als eine eindeutige Stellungnahme für Ungarn, eine Befestigung Ungarns vor den sich erhehenden Wellen der kleinen Entente. Man darf diese Handlungsweise der großen Entente jedoch nicht als eine vom Gerechtigkeitsgefühl diktierte Tat denken. Wir haben es vielmehr mit einer neuen Folgeerscheinung der Tatsache zu tun, daß England den Kontinent Frankreich als Interessensphäre zugewiesen hat. Frankreich hat das höchste Interesse daran, jedes Ungarn, gleichgültig ob es ein Horthumgarer oder ein habsburgisches Ungarn ist, als die Domäne seiner Macht in Mitteleuropa zu fassen. Dieser wäre der französischen Regierung natürlich der Einzug Karls in Budapest gewesen. Da es sich aber diesmal nicht machen ließ, so muß die heutige ungarische Regierung, so aramontiert der Franzose, vor Parallelen von Norden und Süden geschützt werden, damit der Gedanke der Donauüberquerung auf keinen Fall zum Nummer seiner französischen Erzruer Schäden erleidet. Daher das scharfe Vorgehen gegen die kleine Entente.

Karls Verbannungsorrt.

(Eigener Drahtbericht.)

3. Budapest, 27. Okt. Es verlautet heute in Budapest, daß Kaiser Karl und Zita nicht mehr der englischen Regierung, sondern der italienischen ausgeliefert werden sollen, da Italien dem Erzberger Karl seine Güter in Parma zur Verfügung stellen will. Falls Karl sich dort niederlassen sollte, so wird verhängt, Italien umfangreiche Maßnahmen zur Verwahrung des Erzbergerpaars treffen und die Garantie übernehmen, daß eine neue Flucht ausgeschlossen sei. Es wird damit gerechnet, daß Österreich und die Tschecho-Slowakei nicht getrieben werden, daß Karl und Zita über ihr Gebiet nach ihrem Internierungsort gebracht werden. Es ist deshalb der Ausweg gefunden, daß Karl und Zita auf einem englischen Donaumonitor die Donau abwärts bis zum Schwarzen Meer gebracht werden sollen, von wo aus die Einschiffung auf einem Kriegsschiff der Entente erfolgen dürfte, das die beiden sodann an den von der Entente vorgegebenen Bestimmungsort bringen soll.

Über je größer diese Aufgaben sind, desto größer sind auch die Pflichten der Regierung. Wir erwarten deshalb von ihr, daß sie in kraftvollem Aufrufen die Bedeutung der Stunde erkennt. Dazu gehört klare Stellungnahme nach außen, besonders auch hinsichtlich der Neutralen, Wechen der nationalen Kräfte im Innern und immer neue, machtvoll Bekundung eines geschlossenen Willens gegenüber dem Ausland und dadurch starke Rückendeckung für die Verhandlungen mit Polen. Viel Zeit ist ihr dazu nicht gegeben, möge sie sie nutzen.

Die ungarische Regierung befaßt sich zur Zeit mit der Aufdeckung der Zusammenhänge, die zum Putsch führten. Von einer Persönlichkeit, die über den Umgang Karls ausgezeichnet unterrichtet ist, erfährt der Korrespondent der „Nationalzeitung“ über die schweizerischen Informanten Karls in der Schweiz folgendes: Vier Personen umgaben ihn und veränderten ihn immer wieder Frankreichs Unterstützung. Das waren Prinz Sigmund von Parma, dann der Herzog von Rochefoucauld, der Karl zu überreden versuchte, nach Paris zu kommen, um dort in seinem Palais zu wohnen, ferner der Graf Castilleau und der Graf von Felle.

Paris, 27. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorkonferenz beschloß, daß Kaiser Karl an Bord des englischen Kanonenbootes, das sich gegenwärtig vor Budapest befindet, gehen solle. Er soll sich dann nach Galatz begeben, wo er die endgültige Entscheidung der Mächte über seine Internierung erwarten wird.

Das Ende des Königtums.

Budapest, 26. Okt. Kaiser Karl hat sich bei seiner Gefangennahme bedingungslos ergeben und alle von der ungarischen Regierung gestellten Forderungen angenommen, darunter auch den vierten Punkt der Kapitulationsbedingungen, worin die Abdankung des Königs für alle Zeit ausgesprochen wird. Die Regierung verhandelt mit der Entente über die Auslieferung des Kaisers Karl. Das Königspar wird wahrscheinlich an die Entente ausgeliefert werden und auf einem Entente-Schiff über die Donau außer Land gebracht werden.

Die Lage des Kaisers Karl.

Budapest, 27. Okt. Als der Kaiser erfuhr, daß sein Minister nach Budapest ins Gefängnis gebracht werden sollte, bekam er einen Weintramp. Er wollte sich von seinen Ratgebern nicht trennen, weil er fürchtete, daß ihm das gleiche Schicksal zuteil werden würde, wie dem Jaren. Zu seiner Verhütung wurden ihm drei ehemalige Minister beigegeben, die das Herrscherpaar nach dem Kloster Ithany begleiteten. Auf die Intervention Amerikas wurde getauft, daß der Kaiser über das Befinden seiner Kinder telegraphisch Erkundigung einziehen dürfte. Er hat an seine Kinder eine amtlich beglaubigte Depesche geschickt. Sein Erfinden, mit anderen Familienmitgliedern in Verbindung zu treten, wurde nicht gestattet.

Die erste Kabinettsitzung.

Berlin, 27. Okt. Heute vormittag 11 Uhr trat das Kabinett zur ersten Geschäftssitzung zusammen. Nach Verabschiedung der ausstehenden Minister befragte der Reichstanzler das neue Kabinett und sprach die Hoffnung aus, daß es ihm und seinen beherrschten Mitarbeitern, den Staatssekretären und den ihnen nachgeordneten Beamten, denen er für ihre aufopfernde Tätigkeit seinen Dank ausspreche, gelingen werde, das Rettungswort Deutschlands fortzusetzen. Darauf trat das Kabinett in die Tagesordnung ein.

Das Reichswehrministerium.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 27. Okt. Die „Freiheit“ vom Donnerstag abend bringt die Nachricht, daß General von Seeckt am Mittwoch mit mehreren Offizieren beim Reichspräsidenten vorgeprochen und diesem die ultimative Forderung überbracht habe, Minister Seeckt im Amt zu belassen, widrigenfalls die Reichswehr nicht mehr mitmache. Wie wir von ausländischer Stelle hören, ist dieser Vorwand völlig aus der Luft gegriffen. Ein Besuch des Generals von Seeckt beim Reichspräsidenten hat überhaupt nicht stattgefunden. Selbstverständlich hat weder General von Seeckt noch irgend ein anderer Offizier bei irgend einer Stelle, irgendwelche Schritte für eine Verlassung des Wehrministers getan.

Die Befehung des Wiederaufbauministeriums.

Paris, 27. Okt. Der Berliner Vertreter des „Petit Parisien“ will aus gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen erfahren haben, daß der Rücktritt Walter Rathenaus sein endgültiger sei. Ein neuer Wiederaufbauminister werde vorläufig nicht ernannt, um Rathenau die Möglichkeit zu geben, nach Ablauf einer gewissen Frist wieder das Aufbauministerium zu übernehmen.

Woodrow Wilson am Franget.

Die schärfsten Beurteiler des amerikanischen Kriegspräsidenten sind die, die ihm am nächsten gestanden haben. Sein Staatssekretär für das Auswärtige, Lansing, dessen Opposition ihm zu unerträglich wurde, daß er ihn im Februar 1920 durch ein barisches Schreiben zum Rücktritt zwang, hat seine Haltung in einem Buche zu rechtfertigen unternommen. Er hebt eingangs auf das Nachrücklichte hervor, daß Wilson kraft der Verfassung der Vereinigten Staaten als Präsident Autorität ist. Die Minister sind nur von ihm kommissarisch beauftragte Beamte, die nur ihm verantwortlich sind und keinen Anordnungen unbedingt nachzukommen haben. Zumal die Leitung der auswärtigen Politik steht ihm vorbehaltlos zu. Wilson habe daher, indem er von dieser seiner Alleinherrschaft Gebrauch machte, durchaus im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Machtvollkommenheiten gehandelt. Die Alleinherrschaft entsprach indes so sehr seiner eigenen Weisheit, daß er für keinerlei Rat zugänglich war. Vollends verweigerte er seinen Widerspruch. Lansing verwarf es unumwiderrlich mit ihm, als er von der Reise des Präsidenten nach Europa abtrat. Er hielt dafür, daß der amtierende Präsident in Washington auf dem Posten zu bleiben habe, dies sowohl im Interesse der inneren Angelegenheiten, als auch der auswärtigen. Dadurch, daß er sich in direkte persönliche Verhandlung mit den europäischen Staatsmännern einließ, begab er sich seiner souveränen Stellung, konnten sein Ansehen und seine Autorität nur leiden. Wilson beschloß trotzdem nicht nur die Reise nach Europa, sondern ernannte obendrein sich selbst zum fünften Delegierten an der Pariser Konferenz. Er sah daher der amerikanischen Delegation selber vor. Hiermit nicht genug: er führte die Verhandlungen im tiefsten Geheimnis allein mit den drei leitenden Staatsmännern der Entente. Die amerikanischen Delegierten, selbst der Staatssekretär des Auswärtigen, kamen nicht nur nicht zu Worte, sondern erfuhren von den Verhandlungen erst nach der Entscheidung. Sie haben daher ständig im Begriffe gestanden zu demissionieren. Nur die Furcht vor dem daraus erwachsenden Skandal und die Friedensverhandlung zu führen, haben sie davon abgehalten. Aus diesem Grunde haben sie, so fehlerhaft und unstatthaft ihnen zumal das „Diktat“ an Deutschland dünkte, die von Wilson vereinbarten Verträge mit unterschrieben. Wilson selber lag offenbar vor allem an der Durchsetzung seines Völkerbundes. Da er entschlossen war, diesen auf Macht zu stellen, während Lansing und Genossen auf eine Rechtsordnung bedacht waren, zog er sie auch in dieser Angelegenheit nicht zu Rate. Seine Hoffnung ging dahin, daß er es durch sein persönliches Auftreten über die widerstrebenden Staatsmänner der Entente gewinnen werde. Und so kam es schließlich dahin, daß er einem Friedensvertrage zustimmte, der alles eher verbürgte als den dauernden Friedenszustand, für den die Amerikaner in den Krieg gezogen waren und sein Völkerbund nichts war, als eine Allianz der fünf großen Militärmächte, um sich ihre Kriegserfolge zu sichern. Seine eigenen 14 Punkte, auf Grund welcher Deutschland die Waffe gestreckt hatte, fielen unter den Tisch. Zum größten Verdrusse der Amerikaner ließ er das deutsch-chinesische Schandgut — Japanern. Dahin hatte seine wahrhaftige Selbsterhebung geführt.

Sehr beachtenswert, zumal für unsere Wilsonschwärmer und diejenigen alle, welche dabei beharren, daß ein früherer Friedensschluß Deutschlands möglich gewesen wäre, ist Lanings Zeugnis dafür, daß Wilson, auf die völlige Niederlage und „Betrugung“ Deutschlands bedacht, alle Friedensvorschlüsse von der Hand gewiesen hat.

Weit radikaler als Lansing, der sich durch jahrelange Mitarbeiterhaft beengt fühlte, geht Mc. Combs, der Führer des demokratisch-nationalen Komitees, dem Wilson seine Wahl verdankt hat, mit dem einst Weltgeferten ins Gericht. Nichts kennzeichnender Woodrow Wilson mehr als selbstfüchtiger Hochmut und Unankbarkeit. „Ich schulde Ihnen nichts!“ bekam Mc. Combs, gleich nach dem Wahlsieg zu hören. „Gott hat es bestimmt, daß ich der nächste Präsident sein soll. Kein Sterblicher hätte es verhindern können.“ Im höchsten Maße eitel und eigenfinnig, sei er als Sieger ebenso unbarmerzig wie in der Niederlage sein. Seine eigenen 14 Punkte, die so gar im Völkerbunds-Vertrage Aufnahme finden sollten, wo sind sie geblieben? Nach Europa hätte es ihn hinübergelockt nicht zum mindesten, um wie ein Halbgoß gefeiert zu werden. In Königspalästen zu schlafen, hätte ihm nur zu wohl behagt. Den Italienern, die ihm als „Reiter“ zuschauten und ihm mit Blumen überschütteten, konnte er nicht genug Risse zuwerfen.

Wenn Oberst Henry Watterton, der angesehenste Publizist in den Südstaaten, Wilson beschuldigt, die demokratische Partei zugrunde gerichtet zu haben und ihn einen „gefühlslosen intellektuellen Abenteuerer“ heißt, der dem Lande zur Sühne für irgend eine nationale Verfühlung auferlegt worden sei, so kann McCombs dazu nur Amen sagen.

Angaben:
die Opul. Nonpareilseite oder deren Raum a) lokal 170 Mk.; Tob-Anzeigen. Dankausgaben u. Stellenanzeigen 120 Mk. b) auswärts 2 — Mk. c) Reklame-seite 6 — Mk. an erster Stelle 7 — Mk.
Abat nach Paris. Anzeile-Annahme 6, 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen jedoch bis 4 Uhr nachm.
Kernirreklamistelle: Geschäftsstelle Nr. 208, Verlag Nr. 21 und 207, Schriftleitung Nr. 20 u. 204, Druckerei Nr. 19.

Dieses Urteil McCombs wiegt um so schwerer, als er bereits auf der Universität zu Princeton zu Füßen des Professors Wilson gelesen hat. Er zieht seine Kollegienhüte an, um zu bekräftigen, was der Professor Wilson, wenn er über die Verfassung der Vereinigten Staaten sprach, nicht genug betonen konnte, wie die Machtbefugnisse des Präsidenten, des Kongresses und des Obersten Gerichtshofes einander das Gleichgewicht hielten, um als Präsident letztere nicht zu achten.

Am allerstimmtesten hat der „Pazifist“ und Demokrat Wilson dem amerikanischen Volke mitgespielt, indem er seine zweite Wahl dem Umstand verdankt, daß er sich als derjenige feiern ließ, der die Vereinigten Staaten aus dem Kriege fern gehalten habe und somit Bürge dafür sei, daß er als Friedensvermittler dem furchtbaren Blutbade bald ein Ende bereiten werde, um, kaum wieder im Sattel, den offenen Krieg mit Deutschland (den tatsächlichen hat Wilson, indem er die Hungerblöde tolerierte und die Vereinigten Staaten zu einem Kriegsarsenal der Entente machte, vom ersten Tage an mitgeführt) vom Zaune zu brechen!

Nicht genug damit, daß er den Versailler Senkervertrag mit ausgearbeitet und unterfertigt hat, — indem er darauf bestand, daß der Senat ihn vorbehaltlos annahm, hat er es fertig gebracht, daß der latente Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland über zwei Jahre lang nach dem Pariser „Frieden“ fortbestand hat. Noch nach seinem Rücktritt hat er Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, damit der von seinem Nachfolger Harding in Voranschlag gebrachte Friedensschluß mit Deutschland vom Senat verworfen werde und auch in öffentlicher Verkündung für die Bonfottierung der deutschen Waren plädierte, wofür er allerdings so ausgepfiffen worden ist, daß die Versammlung abgebrochen werden mußte.

Und so dürfte der Tag nicht mehr allzu fern sein, da jene Panfées, die in Woodrow Wilson zugleich den Friedensmann und Kriegshelden umhüllten, in ihm einen zweiten George Washington zu besitzen wähnten, in ihm den vorhängnisvollsten Präsidenten erkennen, der ihnen bisher beschieden worden. Daß ihm selbst der Nobelpreis Friedenspreis von Stockholm aus zuteil geworden ist, ist mehr als grotesk: unmotivierter, richtloser hat noch kein Machthaber einen Krieg vom Zaune gebrochen, und dies gegen ein Volk, das seinen schmerzlichen Wunsch hegte, als mit dem Staate, dem er vorstand, in Frieden und Freundschaft zu leben, das auf ihn als Friedensvermittler seine unverfälschte Hoffnung gesetzt hatte! Hätte Wilson zu Beginn des Krieges ehrliche Neutralität eingehalten, anstatt die Entente-Mächte anzukurbeln und zum Ausschalten zu ermutigen, um schließlich mit voller Kraft auf dem Kampfplatze aufzutreten, wäre der Krieg höchst wahrscheinlich noch im Jahre 1914 zu Ende gegangen; wir Europäer hätten uns als Brüder bekriegt und als solche notgedrungen wieder zusammengefunden. Indem der „Pazifist“ Wilson sein amerikanisches Millionenvolk mit allen Kräften der Demagogie in den Kampf hinein gelockt hat, hat er nicht nur Europa zu einem wüsten Chaos gemacht, sondern die weiße Rasse dezimiert, die den amerikanischen Weltteil nur unzureichend zu besitzern vermag, um den sie voranschicklich, wenn die 400 Millionen Chinesen erwachen und mit den Japanern gemeinsame Sache machen, mit den Gelben noch einmal wird ringen müssen. Ist Amerika doch nur ein erweitertes Europa!

Dr. A.

Das Vertrauensvotum für das neue Kabinett.

Die Reichstagsitzung vom Mittwoch, in der sich die neue Regierung dem Reichstag vorstellte, zog sich bis Mitternacht hin. Die Abstimmungen über Annahme oder Ablehnung des Programms der neuen Regierung fand erst um 12 Uhr nachts statt. Es war uns deshalb gestern nicht mehr möglich, den Schluß der Sitzung mitzuteilen.

Ursachen und Behandlung der Geisteskrankheiten.

Es ist ein großes Verdienst des Kaufmannischen Vereins, daß er in die Reihe seiner diesjährigen Veranstaltungen auch einen Vortrag, welcher der gesundheitlichen Volksbelehrung dient, aufgenommen hat, und es ist besonders erfreulich, daß der Einladung des Vereins eine der großen Eintrachtsaal füllende Ausbehrlichkeit gefolgt ist, eine Erscheinung, die man bei hygienischen Vorträgen sonst keineswegs zu finden gewohnt ist. — nicht einmal bei unentgeltlichem Eintritt. Der Verein hatte für die Förderung der „Ursachen und Behandlung der Geisteskrankheiten“ den Direktor der Heil- u. Pflegeanstalt Altenau Med. Rat Dr. Thoma gewonnen, der etwa folgende darlegte: Vor dem Kriege war die Zahl der Geisteskranken, welche in Anstalten verbracht wurden, ständig im Wachsen. Die in der Bevölkerung vielfach gehegte Vermutung, daß die Ziffer der Geisteskranken im Kriege stark zunehmen würde (eine Ansicht, welche die Fachleute nicht teilten), wurde durch die Erfahrung nicht bestätigt; die Irrenanstalten wurden im Kriege leer und sind heute noch nicht voll besetzt. Diese Annahme während des Krieges ist aber nicht nur durch den Rückgang des Alkoholverbrauchs erzeugt worden. Zahlreiche männliche Psychoptischen, die früher in Anstalten verbracht wurden, geben zwar auch jetzt einer ehrliehen Arbeit aus dem Wege, aber sie beziehen die Erwerbslosenunterstützung, sind Schieber, Schnapsbrenner usw. Bei dem weiblichen Geschlecht hat sich die Zahl der Geisteskranken gegen früher nicht geändert.

Geisteskrankheiten sind Krankheiten des Gehirns. Hierbei sind mehrere Gruppen zu unterscheiden. Zunächst die angeborenen Zustände, die auf einer erblichen Konstitution beruhen. Hierzu gehören die manisch-depressiven Zustände, die das Bild der Melancholie (oder der Manie) darbieten. Bei der Entstehung dieser Krankheiten spielen äußere Einwirkungen (Kreger, Schreck usw.) keine Rolle, denn sonst

Die Abgeordneten des Zentrums und der Mehrheitssozialdemokratie stellten einen Antrag zur Abstimmung, der sich für Billigung der Regierungserklärung aussprach.

Der Antrag wurde mit 290 gegen 192 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten: Zentrum, Demokratie, Mehrheitssozialdemokratie, und Unabhängige.

Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, der schärfste Verwahrung gegen die Ententeentscheidung einlegt, wurde mit 213 gegen 152 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die neue Regierung hat eine augenblickliche Mehrheit für ihr Programm gefunden. Von den 466 Abgeordneten des Reichstags haben nur 362 abgestimmt, bzw. waren bei der Abstimmung anwesend. Die 4 Parteien, die sich für die neue Regierung ausgesprochen haben, zählen zusammen 308 Abgeordnete.

Aus der Aussprache über das Regierungsprogramm ist noch folgendes zu ergänzen:

Der Abg. Maltzahn (Komm.) erklärte, zu der M. S. P. gegend: Alles die Folge Eurer Verbrechens! (Ordnungsruf.) Auch innerpolitisch ist diese Politik zusammengebrochen, das zeigen die Berliner Stadtverordnetenwahlen und die Verärgerung Bayerns gegenüber dem Reich. Diese Regierung der Mißerfolge kann nicht die Politik der Zukunft treiben. Sie ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Wir können die Erklärung des Kanzlers nicht billigen.

Abg. Kohl von der Deutschen Volkspartei führte u. a. aus: Der Reichskanzler hätte nach der Entscheidung über Oberschlesien sofort vor dem Reichstag treten müssen. Wir müssen jetzt vor aller Welt unser Recht auf Oberschlesien geltend machen. Der Zukunft muß eingehämmert werden, daß uns hier eine Brutalität aufgezwungen wurde, daß aber nimmermehr ein rechtmäßiges Besitzverhältnis daraus hergeleitet werden kann. Jedes Schicksal muß im Gedächtnis behalten, daß Oberschlesien deutsch gewesen ist, deutsch ist und deutsch sein wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Breitscheid (Unabh.): In allen Schichten des Volkes empfindet man den Verlust eines Landes, das durch so mannigfache Bande mit Deutschland verknüpft ist. Materielle und ideale Güter gehen verloren, die Börse aber erlebt Haufe in oberirdischen Werten, während auf dem Reichstagsgebäude die Fahnen halbmaht wehen. Formell ist die Entente im Recht. (Unruhe.) Mit den Wirtschaftsbestimmungen wollte die Entente die Zerstückung mildern. (Unruhe.) Wir sollten dankbar sein dafür! (Unruhe.) Der Redner richtet scharfe Angriffe gegen die Demokraten, denen er Prinzipienlosigkeit vorwirft und gegen die Sozialdemokratie, die mit ihrem Größter Beschluß einen Begriff getan hätte. Mit der Deutschen Volkspartei sei nicht zusammenzuarbeiten.

Abg. Schäfers (Dem.) gab folgende Erklärung: Ich habe für meine Fraktion zu erklären: Die Fraktion stimmt im Interesse Oberschlesiens

der Entsendung eines Kommissars zur Abwicklung der sich aus dem Diktat ergebenden Fragen an, unter der Voraussetzung, daß sich daraus keine Anerkennung der dem Friedensvertrag widerstrebenden Entscheidungen ergeben. Sie muß erwarten, daß sich die Regierung von diesem Standpunkt nicht abbringen läßt und macht ihre künftige Stellung zur Regierung davon abhängig. Da sie hierüber bei den Verhandlungen bei der Reaktionsbildung die notwendige Sicherheit nicht erlangen konnte, vermag sie sich an der Reaktionsbildung nicht zu beteiligen. Nur im Hinblick auf die Eigenart des Wirtschaftsfreies des Reichswehrministeriums hatte sie sich damit einverstanden erklärt, daß Herr Gekler dem dringenden Erwidern des Reichskanzlers auf weitere Geschäftsführung dieses Ministerium übernommen hat, in der Hoffnung, daß dieses wichtige Ministerium auch in Zukunft dem Befehl der politischen Konstellationen entsagen wird. Der Redner lehnte es dann ab, auf die Vorwürfe des Abg. Dr. Breitscheid einzugehen. Der Ernst der Stunde verbietet das. Er weist dann an einfachen Beispielen nach, daß eine Verletzung des Friedensvertrages durch die Entente vorliegt. Die oberirdische Entscheidung ist ein althergebrachter r. a. u. b. Andere Ehre haben wir nicht verloren, solange unser Volk noch Selbstachtung besitzt. Wir erheben klammernden Protest gegen die Wegnahme von Oberschlesien. Bei aller Rechtlichkeit unseres Staatslebens hoffen wir doch auf den Ausfall. (Beifall.)

Abg. Emminger (Bav. Volksp.) gibt eine Erklärung ab, in der er schärfste Verwahrung gegen das Gekler Diktat einlegt. Er lehnt die Entsendung eines Delegierten ab und erklärt, das deutsche Volk werde niemals die freie Gewalt als Recht anerkennen.

Abg. Gumbmann (Komm.) erklärt, daß seine Partei die Entscheidung der Botschafterkonferenz nicht anerkenne. Die Fraktion protestiert auf das schärfste gegen die Art, wie das Kabinett Birck zum zweiten Male zustande gekommen ist.

Eingegangen ist inzwischen ein Antrag Marx (Str.) und Wels (Soz.), der Reichstag wolle beschließen, der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung.

Weiter ist eingegangen ein Antrag Emminger (Bav. Sp.), Bachmeier (Bav. Bauernbd.), Dr. Beder-Hefien (D. Sp.), Serat (D.N.), wonach der Reichstag mit tiefer Empörung von der Entscheidung über Oberschlesien Kenntnis genommen habe. Diese Entscheidung sei ein Bruch alles Rechtes, eine Verletzung des Versailler Vertrages und die schwerste Mißachtung des Abkommensergebnisses. Der Reichstag lehnt gegen diesen Bruch schärfste Verwahrung ein. Das deutsche Volk wird niemals diese neue Gewalt als Recht anerkennen und stets in den deutschen Oberschlesien seine Brüder und in der oberirdischen Erde deutsches Land sehen.

Abg. Marx (Str.) erklärt, daß seine Fraktion gegen den Antrag Emminger stimmen werde, weil er überflüssig sei. Der Abg. Müller-Franken (Soz.) und Rebedur (U.S.P.) schließen sich dieser Erklärung an.

Um 11 Uhr nachts wurde die siebenstündige Aussprache geschlossen.

Es folgten die namentlichen Abstimmungen. Damit war die Tagesordnung erledigt. Es wurde beschlossen, die nächste Sitzung am 3. November, nachmittags 3 Uhr, mit folgender Tagesordnung abzuhalten: Interpellationen über die Vorkommnisse in der Palz, über die Preissteigerung, Steuerfragen, Anträge.

Berlin, 27. Okt. Bei der Abstimmung im Reichstag haben, laut „Vorwärts“, für die Resolution Wels-Marx, die dem Kabinett das Vertrauen ausdrückt, und 292 Stimmen vereint, geschlossen gestimmt: Zentrum, Sozialdemokraten und Unabhängige, ferner die Mehrheit der Demokraten, während sich ein Teil der Demokraten der Stimme enthielt. Gegen das Vertrauen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und die Kommunisten. (192 Stimmen.)

Wochenbett und Stillgeschäft (Milch in den Kopf gestiegen) führen zuweilen zu Geistesstörungen. Eine große Bedeutung hat die Dementia praecox, besonders die Form, die bei gut entwickelten Jugendlichen, die dann aber verblöden, auftritt, sowie die paranoische Form, die sich meist bei etwas älteren Personen zeigt; hier sind gewöhnlich Sinneswahrnehmungen nicht zu bemerken, bis eine Gewalttat die Geisteskrankheit erkennen läßt. Auch Störungen der inneren Sekretion (Schilddrüse, Nebennieren, Eierstöcke, Hirnanhang) erzeugen Geisteskrankheiten; namentlich spielen Störungen der Geschlechtsdrüsen eine große Rolle bei den Jugendlichen. Im Alter entsteht oft Schwachsinn, bei dem das Gedächtnis für weit zurückliegende Ereignisse gut erhalten, für Gegebenheiten der jüngsten Zeit aber stark beeinträchtigt ist. Auch die Gefäßverkalkung kann Geistesstörungen hervorzuführen.

Auf Grund der Kenntnisse von den Ursachen dieser Krankheiten hat man Mittel zu ihrer Behandlung und Verhütung gefunden. In vielen Fällen ist man zwar auch jetzt noch auf die symptomatische Behandlung angewiesen. Aber viel ist von vorbeugenden Maßnahmen zu erwarten. Diese haben ihren Anfang auf dem Gebiete der Fortpflanzungsorgane zu nehmen. Nach den Vererbungsregeln zeigen nicht alle Nachkommen von Geisteskranken Belastungserscheinungen; aber auch die anscheinend gesunden Nachkommen können die Krankheit ihrerseits vererben. Kommt jedoch ein gesunder Stamm in diese Familie hinein, so kann Geisteskrankheit eintreten. Die Verheiratung von Geisteskranken muß verhindert werden. Oft drängen aber die Angehörigen von Geisteskranken diese zur Heirat, in der irrillischen Meinung, der krankhafte Zustand würde sich in der Ehe bessern. Kinder von Geisteskranken dürfen nur heiraten, wenn der Arzt an ihnen keine nervösen Symptome findet, und wenn der andere Ehepartner gesund ist. Gegen den Alkoholmißbrauch gibt es nur ein Mittel: die Abstinenz. Ein gelegentlicher mäßiger Alkoholausschlag für gesunde erlaubt, zuweilen sogar nützlich. Aber es darf keine Gewöhnung eintreten. Nerven sind sehr

Urteile über die neue Regierung.

Das vom Reichskanzler Dr. Birck entwickelte Programm der neuen Regierung findet die Zustimmung der Presse des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen. Während die deutschnationalen Presse sich der neuen Regierung gegenüber wegen ihrer Unterwerfung unter das Entente-diktat ablehnend verhält, beschränkt sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ein führendes Organ der Volkspartei, auf eine objektive Inhaltsangabe über die Reichstagsitzung ohne irgendwie zu dem Programm der neuen Regierung Stellung zu nehmen.

Der „Berliner Total-Anzeiger“ meint, es sei gar kein Geheimnis, daß niemand im Hause der Reichstagsabgeordneten des neuen Kabinetts Birck über Oberschlesien ernst nehme. Diese Reichstagsabgeordnete sei vielleicht dazu berufen, eine neue Epoche zu machen, denn es sei in feierlicher Form vom Führer einer großen Partei das Wort einer deutschen Freudenta gesprochen worden und man dürfe es als ein Zeichen der Zeit betrachten, daß dem Abg. Serat, der für die Deutschnationalen gesprochen habe, nicht der tobende Sturm, der sonst bei allen Ausrufen vaterländischer Gefühle im Reichstag üblich ist, entgegenblühe.

Der „Tag“ stellt fest: Im Reichstag hörte man nur Worte für die armen Oberschlesier, aber jeder Tat fehlt.

Die „Deutsche Zeitung“ urteilt: In der auswärtigen Politik wird sich nichts ändern, es wird weitergewirkt.

Oberschlesien-Note.

1. Berlin, 27. Okt. Der deutsche Botschafter in Paris hat heute der Botschafterkonferenz folgende Note übermittelt:

Die deutsche Regierung hat mit tiefer Enttäuschung von der Note des Obersten Rates vom 20. Oktober Kenntnis genommen. Sie erwidert in dem Diktat, das dadurch dem deutschen Volke auferlegt wird, nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, das ihm wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Vertrages, dem die in Genuß getretene und von den alliierten Hauptmächten angenommene Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung lehnt daher gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung ausdrücklich Verwahrung ein. Redigiert unter dem Druck der in der Note ausgesprochenen Drohungen und um der deutschen Bevölkerung des oberirdischen Industriegebietes die bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu erparieren, steht sich die deutsche Regierung gezwungen, den Wessungen der Mächte entsprechend die vorgeesehenen Delegierten zu ernennen. Die Namen der Delegierten werden unverzüglich mitgeteilt werden.

Die Verhandlungskommissäre.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 27. Okt. Die Kommissäre, die auf Grund der Entente-Note vom 20. Oktober die Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen mit Polen zu führen haben, sind heute vom Reichskanzler ernannt worden. Es sind der frühere Reichsjustizminister Dr. Schäffer und der aus dem Ministerium des Innern hervorgegangene Staatssekretär Dr. Kewald. Die beiden Herren werden sich, mit einem Stab von Wirtschaftsexperten umgeben, zu dem u. a. auch der Pariser Witzka, der bekannte oberirdische Zentrumsgesandte, begeben wird.

empfindlich gegen Alkohol und können leicht Alkoholler werden; daher sollen sie abstrahieren. Zur Verhütung der auf Exzessen beruhenden Geisteskrankheiten sind die rechtzeitige Erkennung der Infektion mittels der Wasser-mannischen Reaktion und die sich daran anschließende Behandlung erforderlich.

Für Aufklärung der Jugend und die Abklärung zu früher Verheiratung muß gesorgt werden. Durch Untersuchung der Rückenmarksflüssigkeit kann man die Paralyse nachweisen, schon bevor sonstige körperliche oder geistige Störungen vorliegen. Durch Behandlung mit Silbernitrat ist Heilung möglich. Die Behandlung muß aber in einer Anstalt oder einem Krankenhaus erfolgen. Der Paralytiker soll so früh wie möglich in eine Anstalt verbracht werden. Auch bei anderen Geisteskranken soll mit der Behandlung nicht gewartet werden, bis ein Unheil eingetreten ist. Die Ansicht, daß es eine Schande sei, in der Familie einen Geisteskranken zu haben, muß bekämpft werden. Was in einer Anstalt sich von selbst versteht, ist zu Hause oft mit großen Schwierigkeiten verbunden. Zwangsjacke gibt es in der Anstalt (abgesehen bei Verlegungen) nicht, ebensowenig Gummizellen. Kranke, die sich selbst beschädigen, kommen unter Aufsicht von Wärtern. Auch Wachsuggestion, Hypnose, Psychoanalyse, Pädagogik und Arbeitstherapie werden für die Behandlung verwendet. Von den zahlreichen Heilungen, die in den Anstalten erfolgt sind, erzählt die Welt nichts, weil die Geheilten sich scheuen, von ihrem Aufenthalt in der Anstalt zu erzählen. Von der Möglichkeit, sich freiwillig in die Anstalt aufnehmen zu lassen, wurde in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht. Gegenwärtig wirkt der Verein zur entlassenen Geisteskranken, der diese mit Rat und Tat unterstützt und ihnen beim Wiedereintritt ins Erwerbsleben beistehen hilft.

Der Vortrag war streng sachlich gehalten; er wurde vielfach durch Schilderungen von Anstaltsereignissen des Redners belebt. Die Zuhörer folgten dem Vortrag mit größter Aufmerksamkeit und spendeten am Schluß wohlverdienten Beifall.

Dr. A. F.

m. Berlin, 27. Okt. (Amlich.) (Eig. Drahtbericht.) Zum Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien wurde der Reichsminister a. D. Schiffer, zu seinem Stellvertreter der Staatssekretär Lewald ernannt, der damit aus seiner bisherigen Stellung im Reichsministerium des Innern ausscheidet.

Protest der Gewerkschaften.

m. Berlin, 27. Okt. Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der allgemeine freie Arbeiterbund, der deutsche Gewerkschaftsbund, der deutsche Gewerkschaftsring und der deutsche Beamtenbund veröffentlichen nachstehenden Protest gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens:

Ohne Rücksicht auf die feierliche Willenserklärung der Bevölkerung, ohne Beachtung zwingender Vorschriften des Versailler Vertrages, ohne jede Ermäßigung darüber, wie Deutschland die während der Reparationsverpflichtungen künftighin tragen kann, haben Völkerverbände die Hauptmächte der Entente das Unrecht der Teilung Oberschlesiens beschlossen. Gegen diese Entschädigung erhebt die Gesamtheit der deutschen Arbeiter durch ihre Spitzenorganisationen vor aller Welt scharfen Protest. Sie erblicken in diesem dem deutschen Volke ohne jede Abmilderung aufgezungenen Beschlusse eine Vergewaltigung und einen Rechtsbruch schlimmster Art, eine Handlung, die außerdem im härtesten Widerspruch mit dem wiederholt feierlich verkündeten Zweck des Völkervertrages (friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten) steht. Gegen ihren ausdrücklichen Willen, gegen Geist und Sinn des Gedanken vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sollen Hunderttausende deutscher Volksgenossen einer Seite überantwortet werden, die kulturell, sozial und wirtschaftlich rückständig ist. Das in Deutschland gepflegte und gesetzlich festgelegte Koalitionsrecht der Arbeitnehmer ist in Polen nicht gewährleistet.

Rechtlos und hilflos sind unsere Volksgenossen dem Mißbrauch der politischen Gewalt durch die Besetzungsorgane. Während das deutsche Wirtschaftsleben schon nach dem ersten Versuch zur Erfüllung der Reparationsleistungen schwereren Erschütterungen ausgesetzt wurde, werden die wertvollen, unentbehrlichen Teile entzogen. Die deutsche Arbeiterschaft hat wiederholt ihren ehelichen Willen zur Mitarbeit an den Pflichten der Reparation bekundet. Dieser Wille wird durch die Genfer Entscheidung glatt zerhauen. Es gewinnt den Anschein, als solle die Reparation verhindert werden, um dann gegen Deutschland mit neuen Zwangsmaßnahmen vorzugehen. Dreizehn Millionen deutsche Arbeitnehmer sprechen hiermit den gegen ihren Willen aus entzifferten Oberschlesien ihr innigstes Mitgefühl aus. Wir werden nie aufhören, auch als Volksgenossen zu betrachten und werden nie unterlassen, zu betonen, daß wir die Zerstückung Oberschlesiens, die entgegen dem einmündigen festgestellten Mehrheitswillen der beteiligten Bevölkerung, entgegen Vernunft und Gerechtigkeit erfolgt ist, als brennendes Unrecht betrachten. Wir appellieren an das Gewissen der ganzen Kulturwelt in der festen Zuversicht, daß mit Hilfe aller ehrlichen Menschen im Geiste der Völkervereinbarung auch das Recht bei unseren oberstehenden Volksgenossen Anwendung findet.

Polen bedankt sich.

l. Paris, 27. Okt. Der polnische Gesandte in Paris hat sich gestern vormittag bei Briand amlich und im Auftrag der polnischen Regierung für die französische Unterstützung der polnischen Interessen bei der Entscheidung in der oberschlesischen Frage bedankt.

Deutsches Reich.

Die Reichseisenbahnen.

(Eigener Drahtbericht.)

m. Berlin, 27. Okt. Der Sachverständigenrat des Reichsverkehrsministeriums verhandelte heute unter dem Vorsitz des Minister

Greener über die Frage, ob die Ueberführung der Reichseisenbahnen in Privatbesitz eine Gesundung der finanziellen Lage der Reichseisenbahnen herbeiführen könnte. In München ist auch in der heutigen Sitzung des Sachverständigenrats von keiner Seite die Ueberführung der Reichseisenbahnen in Privatbesitz in irgendeiner Form empfohlen worden. Die ganz überwiegende Mehrheit war auch der Auffassung, daß eine Uebertragung der Verwaltung an eine privatrechtliche Gesellschaft selbst unter Wahrung des Eigentumsrechtes des Reiches nicht zweckmäßig sei. Dagegen wurde eine vielseitige Durchdringung des Staatsbetriebes und möglichst Anwendung privatrechtlicher Grundzüge innerhalb des Staatsbetriebes empfohlen. Der Beirat billigte die Absicht des Ministers, bei Gelegenheit der Einbringung des Eisenbahnfinanzgesetzes eine Reihe von Anwendungsmöglichkeiten privatrechtlicher Grundzüge durchzuführen. Dieses Eisenbahnfinanzgesetz soll nach den Absichten des Ministers nach in dieser Tagung des Reichstags zur Verabschiedung gelangen.

Gegen den Ausverkauf Deutschlands.

(Eigener Drahtbericht.)

l. Berlin, 27. Okt. Der heutige „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der zur Verbindung des Ausverkaufs Deutschlands, vorläufig die Ausführung von Kreditlinien usw. im kleinen Grenzverkehr in den Bezirken der Reichsfinanzämter Würzburg, Köln, Düsseldorf, Münster, Hannover und Altona ohne Bewilligung der zuständigen Stellen verboten wird. Die Bekanntmachung tritt mit dem 29. Oktober in Kraft.

Das Mißverhältnis.

Berlin, 27. Okt. In der heutigen Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde das Lohnstatistikgesetz einstimmig angenommen. Ferner fanden die Beschlüsse des Wohnungsausschusses für die Behebung der Wohnungsnot mit überwiegender Mehrheit Annahme, wonach das Wohnungswesen selbst die Mittel zum Neubau aufbringen soll. Das Mietverhältnis in seiner bisherigen Form wurde abgelehnt und verlangt, daß die Steuerermäßigung so hoch bemessen werden, daß sie die Baukosten deckt und nicht nur die Zinsen der Anleihen, wie das Mietverhältnis vorliegt.

Am Montag vormittag beginnt die Spezialberatung der Steuergesetze, während die Generalansprache über die Steuerpolitik erst in der nächsten Woche erfolgen soll.

Die Reichsorganisationen zur Ortsklasseneinteilung.

Von einer Beamtenorganisation wird uns geschrieben: Die Berechnungen der interessierten Organisationen im statistischen Reichsamt über die wirtschaftlichen Verhältnisse der fast 75 000 Orte des Deutschen Reiches haben ihr Ende genommen. Da die Ortsklasseneinteilung nicht nur für die Beamten, sondern auch für die Angestellten und Arbeiter in Handel und Industrie und über diese hinaus von Bedeutung ist, haben die Spitzenorganisationen beim Reichsfinanzministerium Schritte zur Eiderstellung von Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Reichsregierung vor Annahme des Gesetzes unternommen. Vom Reichsfinanzministerium und dem statistischen Reichsamt ist daraufhin aufgelagt worden, daß Ende Oktober der Gewerkschaften Richtlinien über die Einteilung der Länder und Provinzen, sowie der Wirtschaftsbereiche zugehen werden. Anfangs November wird dann an Hand des bis dahin fertiggestellten Entwurfs des Reichsfinanzministeriums zum Ortsklassenverzeichnis mit den Spitzenorganisationen verhandelt werden. Wird in diesen Verhandlungen eine Verständigung erzielt, dann steht zu erwarten, daß der Reichstag sehr schnell mit dem Gesetz fertig wird. Anders jedoch, wenn in den erwähnten Verhandlungen eine Verständigung nicht zustande käme. Das in diesem Falle der Reichstag das Gesetz en bloc annehmen könnte, erscheint ausgeschlossen, denn dann könnte kein Reichstags-

abgeordneter mehr vor seine Wähler treten, ohne den berechtigten Sturm der Entrüstung entgegennehmen zu müssen. Ueberdies würde dann die Erledigung des Ortsklassenverzeichnisses auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden.

Aus dem preussischen Beamtenentwurf.

Berlin, 27. Okt. Der Beamtenauschuss des Landtages lehnte die Gesetznovelle zum Beamtenentwurf insofern ab, als sie die Anrechnung der Dienstzeit der Militäranwärter mit den gesetzlichen Bestimmungen im Reich in Einklang bringen wollte.

Der Prozeß Jagow.

Berlin, 27. Okt. Entgegen einer Meldung der „München-Augsburger Abendzeitung“, wonach Kapitän Ehrhardt, Oberst Bauer, Major Vöhl und Schnitzler bereits vor einem halben Jahre der Reichsregierung ihre Selbstbestellung angeboten hätten, gibt der Oberreichsanwalt, einer Blättermeldung aus Leipzig zufolge, eine Erklärung ab, in der es heißt, er ist allerseits Zeit haben Ehrhardt, Bauer, Vöhl und Schnitzler das Ersuchen um freies Geleit gestellt. Für den Oberreichsanwalt ergab sich dadurch die Möglichkeit, langwierige doppelte Verhandlungen zu vermeiden. Er hat dem Erlauchen stattgegeben, bisher allerdings noch keinen Bescheid zurückbekommen, ob die vier nun tatsächlich sich dem Reichsgericht stellen werden. Es hat noch kein neuer Termin festgesetzt werden können. Sollten die vier sich nicht bald bereit erklären, vor dem Reichsgericht zu erscheinen, so wird die Verhandlung gegen Jagow, Wannenheim und Schiele besonders vorgezogen werden.

Die Beschlüsse der Berliner Handwerkskammer-Präsidenten.

Berlin, 27. Okt. Der Vorstand der Berliner Handwerkskammer erklärt in seinem Bericht über den Fall des Erpräsidenten Mahardt, daß dieser gemeinsam mit dem Baumeister Sonnenburg, einem Handwerkskammer- und einem Nutenanturbeamten einen gemeinschaftlichen Betrag in Höhe von 79 416 Mark zu Ungunsten der Handwerkskammer begeben hat. Ferner habe Mahardt unter dem Vorwand, in dem gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahren falsche eidliche Aussagen gemacht zu haben. Dies führte zur Verhaftung Mahardts.

Zum Uffentat gegen Auer.

l. München, 27. Okt. Der nächste Anschlag auf den Abg. Auer ist noch unauferklärt. Es ist lediglich eine Leiter gefunden worden, mit welcher der Täter über die Friedhofmauer gestiegen war, um den vorübergehenden Abg. Auer zu treffen. Die Polizei hat noch keine Anhaltspunkte über den oder die Täter.

l. München, 27. Okt. Der sozialdemokratische Verein München hat für die Nennung des Namens des Attentäters, der den Revolveranschlag auf Auer verübt hat, oder für Angaben, die zur Feststellung des Täters führen, eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Der Berliner Kellnerstreik.

Berlin, 27. Okt. Gestern mittag kam es zu schweren Ausschreitungen der Streikenden Berliner Kellner auf dem Potsdamer Platz, wo das Kaffee-Beleue seinen Betrieb mit Arbeitswilligen wieder eröffnen wollte. Mehrere Hundert Streikende hatten sich vor dem Kaffee angeammelt, verhinderten jeden Verkehr und mißhandelten die Arbeitswilligen schwer. Vier Schutzpolizisten wurden vor der Menge in das Lokal flüchten. Erst einer Abteilung von 30 Polizeibeamten, die in Automobilen herbeigeeilt waren, gelang es, die Menge zurückzudrängen, nachdem sie ihre Karabiner zum Schuß fertig gemacht hatten. Die Hauptbeteiligten an dem Tumult wurden verhaftet.

Wählen ist besser als schimpfen!

Es ist das gute Recht eines jeden Staatsbürgers, seinem Aerger Luft zu machen, wenn ihm etwas im Staate nicht paßt. Aber mit jedem Recht sind auch Pflichten verbunden, auch mit dem Recht des Schimpfens. Wer schimpft, hat die Pflicht, durch die Tat dafür zu sorgen, daß die Ursachen der Unzufriedenheit und des Aergers verschwinden. Die Gelegenheit zu dieser Tat gibt der Tag der Wahl.

Im Deutschen Reich sowohl wie in den Einzelstaaten ruht nach den heutigen Regeln des Regierens die ganze Verantwortung bei den Abgeordneten, genauer gesagt bei den Parteien im Parlament, denen die Regierenden angehören.

Der Wahltag ist der Tag des Urteils über diese Parteien. Wer mit ihnen zufrieden ist, kann ihnen wieder die Stimme geben, wer nicht mit ihnen zufrieden ist, gebe seine Stimme anderen Parteien, von deren Regierungskunst er bessere erhofft. Aber

wählen muß jeder, so oder so,

mit schimpfen allein ist nichts getan.

Bald und ohne Berechtigung ist die Ausrufe, die man so oft hört, „auf meine Stimme kommt es nicht an“. Wenn jeder so sagen wollte, so käme überhaupt keine Wahl zustande. Und jene hätten recht, die meinen, das deutsche Volk sei politisch unreif, es habe weder Interesse noch Verständnis für die Politik, dem Deutschen Volk sei es am besten, am Gängelband geführt zu werden. Je geringer die Zahl der abgegebenen Stimmen, desto mehr erhebt diese Meinung einen Schein von Berechtigung. Je größer die Zahl der abgegebenen Stimmen, desto klarer aber der Beweis, daß der Deutsche politisches Interesse und politisches Verständnis hat.

Für uns in Baden steht aber noch mehr auf dem Spiel. Das badische Volk genießt in Deutschland den Ruf, zu dem politisch reifsten in Deutschland zu gehören. Zeigen wir auch diesmal, daß dieses Urteil wohl berechtigt ist. Zeigen wir dem Reich, daß wir Badener nicht zu den Raunen und Gleichgültigen gehören, daß wir uns von den Parteimachern nicht über den Köpfen barbieren lassen. Zeigen wir, daß wir Badener auf dem Posten sind, wenn es gilt, Politik zu machen.

Das Ausland ist uns Badener so nahe, die Schweizer, die Franzosen wohnen an unsern Grenzen und verfolgen mit Aufmerksamkeit unsere Politik. Zeigen wir ihnen, daß wir keine Trottel sind, die sich vor ein paar Wahlmännern führen lassen, zeigen wir ihnen, daß wir alle an unserm lieben Badener Land hängen und besorgt sind, daß bei uns eine antäudige und gesunde Politik getrieben wird!

Graf Bernstorff über äußere Politik.

In einer sehr gut besuchten Wahlversammlung der Deutschen Demokratischen Partei sprach gestern abend in der Festhalle der frühere deutsche Botschafter in Amerika Graf von Bernstorff. Er sprach an Stelle des Reichswehrministers Geiler, der durch Regierungsgeschäfte in Berlin zurückgehalten wurde. Graf Bernstorff war ein vollwertiger Erlas, ja mancher wird diesem guten Kenner der auswärtigen Politik vielleicht lieber zuhören haben, weil so selten Gelegenheit gegeben ist aus berufenem Munde über die Beziehungen der Völker untereinander und über die bewegenden Kräfte in der auswärtigen Politik belehrt zu werden. Die Hörer lauschten mit größtem Interesse den lehrreichen Darlegungen.

Graf von Bernstorff kam in seinen einleitenden Worten auf das Schicksal Oberschlesiens zu sprechen. Wir müssen uns dem Gemaltpruch fügen, weil wir kein Wehrrmittel haben, aber wir hoffen, daß der Tag der Wehrrückgewinnung mit Deutschland nicht so fern sein wird, wie es heute scheint. Bei der jüdischen Revolutionen in Berlin war die Demokratie deshalb für

Theater und Musik.

Mitteltung des Bad. Landestheaters. In der heutigen Vorstellung von „Sag und Pimpernia“ ist die Beteiligung der Hauptpartien wie folgt: Marie: Gabriele Volter, Jar: Rudolf Wenzel, von Welt: Fritz Dandl, Ivanow: Hans Busch, Chateauf: Wilhelm Kemmler, Syndikus: Carl Gießen. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Schweppe inne, Regie Hans Lange. Anfang 7 Uhr.

Ein problematischer Schatepeare in den „Münchener Kammerpielen“. Unser Münchener Mitarbeiter schreibt uns: In den „Münchener Kammerpielen“ gelangte eines jener Stücke Schatepears zur Aufführung, aber deren Ursprung die Gelehrten nicht einig sind. Es ist ein Werk, an dem offensichtlich mehrere Verfasser mitgearbeitet haben, und nur wenige Szenen verraten die „Araue des Löwen“. Pericles, Fürst von Tyrus“ ist eine barocke Theaterart romantischer Prägung. In vielen Szenen wird unterstützt durch verbindende, erläuternde oder ergänzende Worte eines Chorus, mehrfach traurige oder peynolle Schilderungen erzählt; aber die geschneisfanten Vorstellungen, die alle Gelege der Handlungs-Einheit sprengen, haben mit einer dramatischen Handlung nicht das geringste zu tun. Denn es fehlt ihnen jede Kogik der Entwicklung, und neben den Griechengöttern, die in diesem barocken Werke trotz zahlreicher geschlicher und zeitgenössischer Anspielungen wirken, ist es der „deus ex machina“, der die Ereignisse bestimmt. — Wie ein Abenteuerroman zeigt das Stück besonders wichtige Erlebnisse seines Helden, bis es, im dritten Akte, seinen Schwerpunkt erreicht und von den Leiden der jungen Marina erzählt, der Tochter des Königs und seiner im Sturm (scheinbar) gestorbenen jungen Gattin. Die Marinageschichte, zumal aber die Marinahandlung weist am ehesten auf die Ehöperhand Schatepears. Der Dichter hat ja eine ganze

Reihe solch zarter, feiner, lieblicher Mädchen gestalten geschaffen. Gestalten Zug hat auch die Darstellung des Sturmes. Erst spät wendet sich alles zum Guten: Pericles, der frühgealterte Mann, der am Dasein verzweifelt, findet durch Zufall seine Tochter, die er totgeglaubt, als liebliche Jungfrau, und durch einen Traum bestimmt, lenkt er seine Schritte in den Diana-tempel, in dem die nur scheinbar gewesene Gattin als — Nonne wirkt. Wie im „Wintermärchen“ winkt den endlich Vereinten das verdiente Glück. Die Motive des Stückes sind alt. Sie finden sich zum Teil in griechischen Quellen, zum Teil aber gehen sie bis auf den alten indogermanischen Sagenkreis zurück. Orientalischen Ursprungs ist das Motiv des ersten Aktes, des Königs, der jeden Freier seiner Tochter, sofern er ein bestimmtes Rätsel lösen kann, heiraten läßt. Spuren führen aus diesem Stück, das nur zum kleinsten Teile von Schatepeare ist, in des Dichters große eigene Werke. Man hat an dem Werke die Freude, die auch dem Erwachsenen vom Märchen geschenkt wird. Freilich fordert dieser „Pericles“ einen (ästhetischen) naiven Sinn und den Verzicht auf problematische Gräuel. — Die Regidirection und Bearbeitung von Karl (nicht Karlchen!) S. Etlinger ist sehr gut gelungen. Die Aufführung, unter Leitung von Heinz Goldberg erreichte nicht die Qualität der Fackelbergersen Inszenierungen „echter“ Schatepeare-Stücke. Das Publikum unterhielt sich gut und fargte nicht mit Beifallskundgebungen. Richard Rich.

Wiener Theater. (Von unserem Korrespondenten.) Der Kubreigen von Kienal ist wohl etwas zu spät an die Staatsoper gekommen. Seinerzeit seines Themas wegen an Hoftheater umhüllend, errang das Werk in der Volkoper einen lebhaften Erfolg (Kienals zweifelhafte), der ihm im aröken und anzen auch bei der letzten Revue treu blieb. Nur ist die lebenswürdigste Oper naturgemäß in den Jahren seit ihrer Entfaltung musikalisch doch stark veraltet, obwohl sie textlich mit ihrem Revolutionshintergrund an Aktualität eher angenommen hat.

Am Volkstheater war es einen besonderen Leserkreis für Kerner: die Aufführung eines Schauspiel von Turanelli, das der letzten, änderen Generation so gut wie unbekannt sein dürfte. „Wolkenbruch“ ist eine typisch russische Komödie des Ausbruchs und der Resanation. Eine alternde, aber immer noch schöne Frau entkummt plötzlich für einen unreifen Jüngling. Ein alterer Freund bringt das ungleiche Paar wieder zur Vernunft und scheidet mit dem Störenfried in die Ferne, worauf die melancholische Ruhe neu einsetzt. Ein feiner, poetischer Dialog, so sonant für den Geschmack des heutigen Publikums, das aus seinem Verhältnismangel gelegentlich kein Best macht.

Von gründlich anderem Schlage war die Novität der Renaissance-Rhine „Nach“ von Hans Sakmann. Eine widerwärtige Spekulation auf den Unschmack der Menae, die jetzt die Theater füllt. Handlung: größte Kolportage. Anteranter schon die Uraufführung im Raimund-Theater: „David und Goliath“ von Georg Kaiser. Auch hier peinlicher Beispielschmack. Kaiser, der bekanntlich selbst keine Defraudation verurteilt wurde, affiziert neben einem Vater, der Peitrate unrichtig ist, um seine Tochter musikalisch auszubilden. Das ist indes nur ein Nebenmotiv. Hauptächlich dreht sich um den Kampf zwischen Reichum (Goliath) und der Pflanzung — wohl auch bedenklichen — Armut (David). Das biblische Bild ist reichlich achtsam und nebst etwas blasphemisch. Kaisers offensichtlich an Sternheim gesulter kalter Hohn belustigt anfangs, ermbidet jedoch bald.

Im Carl-Theater Festvorstellung zu Ehren des neunzigjährigen Karl Hase. Ueberfülltes Haus — Blumen — Rede des Bürgermeisters — Dank des Gelehrten, endloser Beifallschubel. Der greise Künstler spielte seine Rolle in der Neuströmen Fannhäuser-Parodie mit einer Verbe und Raune, und sie ihn mancher weit jüngere Komiker-Kollege beneiden könnte.

Dr. D. B.

Kunst und Wissenschaft.

Technische Hochschule Karlsruhe. Dem Direktor Raquel der Firma Klein, Schanitz & Beder in Frankfurt ist für das Wintersemester 1921/22 ein Lehrauftrag zur Abhaltung einer alle zwei Wochen stattfindenden wöchentlichen Vorlesung über „Fabrik- und Betriebsorganisation“ erteilt worden.

Ein Preisauschreiben zur Erlangung von Entwürfen für farbige Fuchsbendelne schreiben loeben die Vereinigten Post- und Wandplattenwerke A. G. (Kriegsland-Sinia-Grana) mit Direktionsbüro in Sinia a. Rhein aus; es kommen Preise in der Gesamtöhe von 10 000 M zur Verteilung. Das Preisurteil steht sich zusammen aus den Herren: Architekt Prof. Hans Boelja, Charlottenburg-Wildpark, Architekt Prof. Wilhelm Kreis, Düsseldorf, Stadtbauinspektor Fritz Schumacher, Köln a. Rh., Architekt Prof. Carl Sattler, München, Direktor G. Reinicke und Direktor M. Gitzhardt der Post- und Wandplattenwerke A. G. (Kriegsland-Sinia-Grana) und Birkel, Geh. Rat Prof. Emerich in München. Der Einlieferungsstermin ist auf 1. Januar 1922 festgesetzt; die näheren Bedingungen des Preiswettbewerbens sind von dem genannten Werk in Sinia a. Rhein kostenlos erhältlich.

Die diesjährigen Nobelpreise für Literatur, Physik und Chemie werden nach einer Stockholmer Nachricht am 10. November verteilt werden. Der Literaturpreis wird wahrscheinlich einem Engländer fallen, entweder Thomas Hardy oder John Galsworthy.

Personalien. Wie wir erfahren, hat Geheimrat Prof. Dr. Erich Marsch in München einen Ruf als Ordinarius für neuere Geschichte an die Universität Berlin erhalten. — Der Vizepräsident an der Berliner Universitätsbibliothek, Dr. phil. Walter Simon ist vom Hilfsbibliothekar an der Universitätsbibliothek in Kiel ernannt worden. — An Tabina Genuard der ord. Professor der Klassischen Philologie an der dortigen Universität, Dr. Gotthold Gundermann, im 66. Lebensjahre.

den Rücktritt Dr. Birchs, weil Dr. Birch wiederholt in amtlicher und nichtamtlicher Form erklärt hat, daß seine Stellung mit dem Schicksal Oberösterreichs verknüpft sei. Die Demokratie hätte es gern gesehen, wenn die große Koalition zustande gekommen wäre, besonders mit Hinblick auf die Steuerlasten, die dem deutschen Volk auferlegt werden müssen. Wenn die Demokratie es als Pflicht betrachtet, mitzuarbeiten, hat sie gestern wieder für die neue Regierung gestimmt. Bei einer Ablehnung der Entscheidung hätten wir noch größere Verluste erlitten. Aber die Entscheidung konnte nur mit einem scharfen Protest angenommen werden.

Graf Bernstorff betonte, daß er nicht gern über Parteipolitik spreche, da er sein Leben zum großen Teil in auswärtigen Diensten verbracht habe. Er ging dann über zur äußeren Politik. Wenn wir nicht erreichen, daß im Ausland die Verunsicherung wieder zur Herrschaft kommt, können wir nicht wieder hochkommen. Unsere Parteizersplitterung im Innern und die Abhängigkeit von Außen hindern uns an einer großen Politik mit weiten Zielen. Hier müssen wir Wandel schaffen. Wir müssen zunächst unsern Parteihader im Innern zurückdrängen.

Die Demokratie ist bezüglich der Steuerreform der Ansicht, daß eine Reform der alten Steuern werden muß. Die Demokratie ist zu einem Eingriff in die Substanz bereit, aber nur dann, wenn unser Marktwert gestiegen wird und wenn Sicherheit über die Zukunft besteht. Die letzte Regierung hat sich auf den Standpunkt der Erfüllung gestellt. Dieses Programm ist durch die Entscheidung über Oberösterreich erfüllt. Wir müssen auf dem Wege der Verhandlung die Entscheidung über Revision unserer Zahlungsverbindlichkeiten kommen. Stimmung dafür ist im Ausland vorhanden, besonders in Amerika. Die Weltwirtschaftskrise wird nicht beendigt, wenn wir weiterhin so hinhinziehen. Wir haben bisher noch nicht alle möglichen Wege zur Verständigung versucht. Wir hätten z. B. um Aufnahme in den Völkerbund erwirben müssen in dem Augenblick, als Oberösterreich dem Völkerbund übergeben wurde. Am persönlichen Verkehr mit Frankreich und England wurde mir mehrfach die Frage gestellt, warum Deutschland nicht versucht, in den Völkerbund zu kommen. Der Umstand, daß wir dem Völkerbund nicht freundlich gesinnt sind, dürfte in dem Sinne zu der unzufriedenen Entscheidung über Oberösterreich beigetragen haben. Der Völkerbund ist ein Werk, das seit dem Versailler Vertrag geschaffen worden ist.

Unsere Dessenlichkeit beachtet nicht genügend die Vorgänge im Ausland, so z. B. nicht die bevorstehende Konferenz von Washington, auf der die Abrüstung besprochen werden soll. Daß diese Konferenz in Amerika stattfindet, statt in Paris oder London, zeigt deutlich die Verschiebung der Machtverhältnisse in der Welt. England ist heute gezwungen, einen Rückzugskampf mit Amerika aufzunehmen, mit einer Macht, die Mittel und Energie zur Durchsetzung ihres Planes hat. Die Beziehungen von England zu Japan sind von starkem Einfluß auf die Abrüstungskonferenz vom 11. November. Ein englisch-japanisches Bündnis gegen Amerika ist ausgeschlossen. Die Gegensätze zwischen Japan—Amerika einerseits und England—Amerika andererseits werden den Abrüstungswillen fällen. Wenn es, wie es vermuthlich werden kann, zu einer englisch-amerikanischen Verständigung kommt, so werden wir in den nächsten 30 Jahren eine Welt Herrschaft der englisch sprechenden Völker haben. Ob diese Völker allerdings gewillt sind, uns vor der französischen Unterdrückungspolitik zu schützen, ist sehr fraglich. Aber immerhin muß sich die deutsche Politik auf diese kommende Welt Herrschaft einstellen. Das Interesse Amerikas an den politischen Vorgängen in Europa ist gering, groß dagegen das wirtschaftliche Interesse an Europa. Amerika hat den Wunsch nach wirtschaftlicher Verflechtung mit Europa. Aus diesem Gegensatz erklärt es sich, daß uns die amerikanische Politik oft so dunkel erscheint und erscheint. An Interesse für politische Fragen ist von Amerika nichts für uns zu erwarten. Aber schließlich steht auch für Deutschland das wirtschaftliche Interesse an erster Stelle. Und dieses Interesse nötigt uns, nach Rußland zu schauen und den Augenblick abzuwarten, wo Rußland wieder erwacht. Dort, in Rußland, werden wir mit Amerika und England zusammenarbeiten müssen.

In allen auswärtigen Fragen kann es keine Parteipolitik, sondern nur eine deutsche Politik geben. Aber immer müssen wir uns klar sein, daß die Verständigung mit den anderen Völkern notwendig ist.

Den Ausführungen wurde starker Beifall ausgetauscht. General Deimling, von den Zuhörern lebhaft begrüßt, bestieg als zweiter das Rednerpult. Zuerst sprach er über die Frage, warum auch ein General demokratisch sein kann. Er

habe dem Kaiser und dem Vaterland Treue geschworen, Kaiser und das Meer seien nicht mehr geblieben, aber sei das Vaterland, und diesem Vaterland wolle er dienen und wolle mithelfen an der Wiederaufbauarbeit. Dabei habe er der Mittelweg gewählt und sei demokratisch geworden. Der Redner kündigte dann an, daß er vornehmlich über zwei Dinge sprechen wolle, über zwei Leedenden, über die Legende von der deutschen Schuld und über die Dolchstoßlegende. Wenn die Wahrheit über die Schuld am Kriege an den Tag komme, dann werde auch der Vertrag von Versailles, der auf der Schuldfrage aufgebaut ist, zusammenbrechen. Nach der mit Beifall aufgenommenen Rede des Generals Deimling machte noch Minister Hummel einige kurze Ausführungen. Damit fand die Kundgebung der Demokratischen Partei ihr Ende.

Graf Westarp über die politische Lage.

In einer auf gestern abend in das Konzerthaus einberufenen deutschnationalen Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Graf Westarp über die politische Lage: Volk in Not! Ein neuer brutaler Raub ist an der deutschen Nation begangen. Oberösterreich beherrscht, das darf ich wohl sagen, auch in Süddeutschland das politische Denken jedes Deutschen. Ein neuer Rechtsbruch ist begangen worden. Für jeden vernünftigen Menschen steht fest, daß jede Verletzung Oberösterreichs ein wirtschaftlicher Bahnstrecke ist. Wer politische Wirklichkeit kennt, der weiß, daß der Gedanke, Oberösterreich durch Deutsche und Polen gemeinsam zu verwalten war. Der Versailler Vertrag nicht vorgesehen war. Der Versailler Vertrag nicht aufzuheben werden. Mit Drohungen will man uns geistig machen. Die rechtliche Lage ist klar und zweifellos: die Feinde haben den Versailler Vertrag zerrissen, wir haben das Recht, diesen Vertrag als erledigt anzusehen. Aber wir haben keine Macht, um dieses unser Recht zu erzwingen. Oberösterreich ist deutsches Land!

Die Heimat Eichendorffs. Dort stand Gustav Freytag. Seit 700 Jahren unser. Was gestern im Reichstag unser Abg. Hergt gesagt hat, gilt auch heute. Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein! (Zustimmungsrufe und starker Beifall.)

Jetzt gilt es, die Kulturgemeinschaft zu pflegen. Die Oberösterreicher müssen wissen, daß wir an ihnen festhalten. Revanchepolitik paßt nicht für deutsches Empfinden und Fühlen. Aber unser Ziel muß sein über alle Parteigrenzen hinweg, daß die germanischen Grenzen wieder hergestellt werden! (Starker Beifall.) Wir wollen es unserer Jugend einprägen und die Welt soll es wissen: Unser Ziel ist die Wiedervereinigung mit unseren geraubten Brüdern und Schwestern! (Beifall.)

Der Reichstag hat sich nicht bewegt, die Delegierten zu ernennen. Unser Standpunkt war ein anderer. Wir sind der Meinung, daß endlich mit dem Standpunkt der Unterwürfigkeit ein Ende sein muß. Wir haben immer ja gesagt und damit sind wir immer tiefer in das Ghetto gekommen. Polen steht am wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch, jetzt soll ihm durch Oberösterreich, durch die deutsche Mark und das Volk im Osten geholfen werden. Wir haben kein Interesse daran.

Zu unserer Freude hat die Deutsche liberale Volkspartei ihren Standpunkt im Reichstag angeschlossen und ich hoffe, daß sich daraus auf lange Zeit die Möglichkeit des Zusammenarbeitens der beiden Rechtsparteien ergibt. Auf den Wahlkampf will ich hier keine Rücksichten nehmen und ganz offen im vaterländischen Interesse diese Hoffnung aussprechen. (Zustimmung und Beifall.)

Die Haltung der Demokratie ist unklar; ich verstehe sie nicht. (Weiterf.) Die Koalition ist die alte. Es ist das Programm der Erfüllungspolitik. Trotzdem hat diese alte Koalition einen Bankrott erlitten, wie er noch nicht erlebt worden ist. Die Unterschrift unter das Ultimatum ist nichts anderes als Bankrott. Und ein neuer unabweisbarer Zusammenbruch dieser Koalition steht bevor. Es kommt mit Sicherheit der Abstammungstermin, an dem Deutschland seine Unmöglichkeit zu zahlen einsehen muß. Bei dem Zusammenbruch unserer Wälsche spielen gewiß Spekulationen eine Rolle, aber sie sind nicht allein schuld. Unsere Zahlungen an das Ausland spielen dabei die Hauptrolle. Wenn in den Tributzahlungen nicht Wandel geschaffen wird, nähern wir uns mit Riesenschritten den Herrschaftsverhältnissen, wie sie die russischen Verhältnisse sind.

Mit dem Wiesbadener Abkommen will man den Reichstag umgehen. Wir werden aber beantragen, daß der Reichstag gehört wird und wir werden dann das Abkommen ablehnen. (Zustimmung.) Auch das Angebot der Industrie kann uns nicht retten. Es ist zudem sehr verhängnisvoll. Auch der Reichstagsler Dr. Birch hat mit dem Schlagwort der Erfassung der Goldwerte einen nicht zu verantwortenden Mißbrauch getrieben. Der ganze Gedanke, wonach Industrie

und Landwirtschaft zu Zwangskreditorganisationen zusammengefaßt werden soll, ist fürchtbar, denn er bedeutet die wirtschaftliche Verflüchtung Deutschlands, er opfert die Substanz unseres wirtschaftlichen Körpers. Selbst Ledebour hat das erkannt. Die Idee des Internationalismus ist zusammengebrochen. Heute geht es dank der Wälsche unserer Industrie noch gut. Aber der Ausverkauf ist ein Rammschlagverkauf und heute steht das ganze deutsche Volk im Solde des ausländischen Großkapitals, verurteilt zur Arbeitslosigkeit. Wir alle sind heute die Ausgeborenen! Wenn unser Volk das nicht einseht, und begreift, daß der Deutsche zum Deutschen gehört, kann es nicht zu einem vernünftigen Entschluß kommen. (Beifall.) Einmal müssen wir uns entschließen, Nein sagen zu können. (Beifall.) Dazu gehört unsere Entwaffnung. Mit welcher Gleichgültigkeit steht das Volk hier zu. Dazu kommt das denunziatorische Verhalten der Vorkriegsleute. Und nun wartet Deutschland darauf, daß die Welt ihm solat und auch entwaflnet. (Weiterf.) Die ganze Welt harret ja in Waffen. Eine Abrüstung erwarte ich von Washingtoner Konferenz nicht. Deutschland hat, da die anderen Mächte in der Abrüstung nicht folgen, das Recht, zu dem zurückzukehren, was es groß und stark gemacht hat, nämlich zu der allgemeinen Wehrpflicht. (Starker, langandauernder Beifall.)

Am Rhein wird es nicht anders gehen, als in Oberösterreich. Deshalb müssen wir uns klar sein, daß wir vor einer Wahl stehen. Freiwillig wird Frankreich nicht aus dem linken Rheinland gehen und den andern Mächten wird es nicht folgen, deshalb: entweder Deutschland findet sich damit ab, daß es dauernd das linke Rheinland und den Rhein verliert oder es entschließt sich selbst zu helfen. (Stürmischer, langandauernder Beifall.)

Nach meiner Ansicht können wir nur hochkommen, wenn wir den Einfluß der marginalen sozialistischen Gruppen brechen. Ich bin für eine Koalition der bürgerlichen Mitte (Bravo).

In seinen folgenden Ausführungen polemisierte der Redner gegen die Sozialdemokratie und gegen die Austragung innerer Streitigkeiten in Augenblicken der eigenen Not. Wir lassen uns durch Terror von links und durch Ausnahmebestimmungen nicht einschüchtern. (Beifall.) Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Parteiehe in den Hintergrund tritt, daß der Deutsche nicht den Fremden nachläßt, daß er deutsch bleibt und denkt und gegen das Judentum Front macht. — Die zwischändigen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Berichtsaal.

t. Karlsruhe, 27. Okt. In der heutigen Strafkammer Sitzung führte Landgerichtsdirektor Kirich den Vorsitz; Staatsanwalt Dr. Schöb vertrat die Anklagen.

Im ersten Falle kam die Anklage gegen den Schuhmacher Heinrich Roth aus Grailsheim, den Händler Max Münnel aus Thurm (Sachsen), Monteur Friedrich Kärber aus Hermulshausen (Württ.) und den Elektromonteur Karl Drexel aus Bötzingen wegen Urkundenfälschung und Betrugs zur Verhandlung. Der Angeklagte Kärber war bei der A.G.G. in Karlsruhe als Monteur beschäftigt. Am 7. August d. J. fuhr er in seine Heimat. Auf dem Wege kam er zu dem früher bei der A.G.G. in Heilbronn wohnhaften Elektromonteur Drexel. Dieser floste ihm über die Notlage, da er ohne Arbeit war. Kärber machte Drexel, angeblich in Wahrheit, den Vorschlag, die in Leopoldsdorfen noch ausstehenden Gelder für seine Firma einzuziehen und sich so Geld zu verschaffen. Drexel zog dann die Wittanaeklaanten Roth und Münnel, ebenfalls in Heilbronn wohnhaft, ins Vertrauen. Drexel, Roth und Münnel fuhrten dann nach Karlsruhe, um sich von da nach Leopoldsdorfen zu begeben und die Gelder einzuziehen. Drexel hatte aber bereits in Karlsruhe erklärt, daß er nichts mehr von der Sache wissen wolle. Roth und Münnel gingen also allein nach vorheriger telefonischer Anmeldung beim Büroverwalter und erscheinend sich bei acht Familien insgesamt 5542,50 M. Aber gleich nach der Tat konnten sie in Leopoldsdorfen verhaftet werden. Die Angeklagten gaben die von ihnen verübte Tat zu, so daß von einer umfangreichen Zeugenvernehmung Abstand genommen werden konnte. Die Anklagen, soweit sie an der Tat selbst direkt betheiligt waren, wollten aus Not abhandelt haben. Der Staatsanwalt stellte die Strafbüße in das Ermessen des Gerichts. Wegen Betrugs und Urkundenfälschung wurde Roth zu 6 Monaten und Münnel zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt; bei beiden sind zwei Wochen durch die Unterjudungschaft verfrist. Drexel wurde wegen Beihilfe zu 6 Wochen, abzüglich 4 Wochen Unterjudungschaft, Kärber wegen Beihilfe zu 14 Tagen, abzüglich 6 Tagen Unterjudungschaft, verurteilt.

Am zweiten Fall hatte sich die Ehefrau Mathilde Klitsch geb. Schott von Ettlingen und Karl Krause, Händler aus Karlsruhe, wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Betrugs zu verantworten. Die Angeklagte Klitsch hatte bei

einem Altwarenhändler im Laufe der Zeit 1634 Kilo Lumpen im Gesamtwert von ca. 9000 M. entwendet. Diese Lumpen verkaufte sie an, den Händler Krause. Dieser verkaufte sie wiederum an den bestohlenen Händler und teilte den Erlös mit der Klitsch. Mit der Zeit kam die Sache an den Tag und wurde der Kriminalpolizei übergeben. Damit nun der bestohlene Händler keinen Straftraa fesse, machten Krause und die Klitsch den Vorschlag, dem Händler den Schaden zu ersetzen. Krause nahm sich dieser Angelegenheit sehr rege an und bat die Klitsch unter Vorzeigung eines gefälschten Briefes, den angeblich der Altwarenhändler in dem Sinne, daß er den Straftraa zurückziehen wolle, geschrieben hatte, ihm Geld zu geben. Die Klitsch überaas ihm auch wirklich 600 M., die er aber nicht in der vorgeseheneu Absicht verwendete, sondern mit dem Geld nach Mainz fuhr. Hier ließ er sich zur Fremdenlegation anwerben; in Mainz gelang es ihm aber, wieder zu entweichen, worauf er sich nach Karlsruhe zurückbeug und der Kriminalpolizei stellte. In der Hauptverhandlung waren die beiden Angeklagten anständig. Das Gericht verurteilte die Klitsch wegen Diebstahls zu 8 Monaten Gefängnis, den Karl Krause wegen Anstiftung, Verschlei, schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 6 Monaten, abzüglich 1 Monat Unterjudungschaft.

Verschiedene Drahtmeldungen.

Der Markkurs in Zürich.
(Eigener Drahtbericht.)
e. Zürich, 27. Okt. Die heutige Schlussnotierung: 100 Mark = 3,10 Geld. — Brief-Franken.

Todesurteil.
Weihen, 27. Okt. Von dem hiesigen Schwurgericht wurde wegen Mordes an seiner Ehefrau und seinem Kind der Schlosser Kirchner aus Hubertus-Sütte zum Tode, 15 Jahren Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Die Not der Deutschen in Tschechien.
Prag, 27. Okt. Der Klub der Abgeordneten der Deutschen Nationalpartei erließ einen Aufruf, in dem es heißt, wir haben im Parlament deutlich erklärt, daß wir die Bewahrung der Regierung für die Mobilisierung für Scheinergünde halten. Wir sind weder gehört worden, noch imstande, unsere Volksgenossen vor dem Zwange in das tschechoslowakische Heer einzureißen zu werden, zu schiffen. Es möge aber die europäische Öffentlichkeit wissen, daß wir nicht als freie, sondern als Knechte in den Krieg ziehen, an deren Händen Sklavenketten raffeln.

Der Achttundentag in der Landwirtschaft.
t. Genf, 27. Okt. Die internationale Arbeiterkonferenz beriet über die Frage des Achttundentags in der Landwirtschaft. Die auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Die französischen Delegierten erklärten im Namen der französischen Regierung, daß dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt werden müsse. Eine internationale Regelung dieser Frage sei unzulässig. Auch seien die französischen landwirtschaftlichen Organisationen gegen den Achttundentag. Albert Thomas erklärte sich dagegen für die Aufnahme dieses Punktes. Auch die holländischen Delegierten schlossen sich ihm an.

Ausreise eines deutschen Dampfers nach Amerika.
t. Hamburg, 27. Okt. Heute tritt von Hamburg der Hafen der Dampfer Hanja seine erste Reise nach New York an. Zum erstenmal verläßt ein großer Passagierdampfer unter deutscher Flagge nach dem Krlege den Hafen.

Kälte in Frankreich.
Paris, 27. Okt. In einzelnen Gegenden Frankreichs, namentlich im Zentrum, ist bereits starke Kälte eingetreten.

Erleben in Italien.
t. Mailand, 27. Okt. Der „Secolo“ meldet, daß in der Nähe von Massa-Carrara ein Erdbeben stattgefunden hat, das drei Sekunden dauerte. Die Bevölkerung ist aus der Stadt geflohen. Der Schaden ist beträchtlich.

Die Vereinigten Staaten und Frankreich.
t. London, 27. Okt. Das Blatt des New York Herald erklärt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht gewillt sei, einem Vertrag zur Sicherung Frankreichs gegen fremde Angriffe beizutreten. Auch England habe nicht die Absicht, in dieser Hinsicht irgendwelche Verpflichtungen auf sich zu nehmen, es beabsichtige vielmehr einem Genseitigkeitsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Japan beizutreten.

Wählt Deutsche liberale Volkspartei

Die technischen Folgen von Genf.

Der veröffentlichte Wortlaut des Genfer Fehlspruchs sieht eine Zerstückelung Oberschlesiens vor, die sich noch weit trostloser ausnimmt, als der stärkste Pessimismus bisher befürchtete. Außer den Gebieten, die man bereits als verloren ansehen mußte, erhält Polen noch den breiten Randstreifen am rechten Ufer der Oder von Odersberg an der tschechoslowakischen Grenze bis Ratibor. Die Oder wird also zu einem Teile deutsch-polnischer Grenzfluß. Ebenso unerwartet kommt die für Deutschland niederschmetternde Entscheidung über den Verlauf der nördlichen Grenze. Hier fallen die Städte Tarnowitz und Lublinitz, die man bisher noch ins deutsche Land rechnen zu dürfen glaubte, mit etwa zwei Dritteln ihrer Kreisgebiete zu Polen. Es bestätigt sich das, was polnische Zeitungen vorausgelagt hatten und was man nur als unwahrscheinliche Renommiererei ansehen wollte, nämlich daß die ganze Zinkproduktion restlos, ferner 85 Proz. der Kohle, 70 Proz. des Stahls und 65 Proz. des Eisens den Polen in den Schoß fällt. Das gesamte Lublinitz gehört nicht mehr zum industriellen Gebiet und der Tarnowitzer Kreis ist reich an Eisenzerzen. Hier befinden sich die Wasserwerke, die von der deutschen Technik geschaffen wurden, um dem großen Mangel an Trink- und Betriebswasser im Industriegebiet abzuhelfen. Es sind jetzt vier solcher Anlagen vorhanden. Drei von ihnen verlieren den wesentlichen Teil des Reviers, während das vierte das einzige ist, das dem östlichen Teil zur Verfügung steht. Bei der raschen Zunahme der Bevölkerung und der Industrieanlagen ist die Lieferung für den Gesamtbedarf immer schwieriger geworden. Namentlich gilt das für den Südbereich, der auf das einzige Wasserwerk Rosalengrube angewiesen ist. Wären die Polen mit diesem Werk ihrem Schicksal überlassen, so könnte man den Wasserertrag so etwas wie Schabenerde empfinden. So aber fallen die Wasserquellen auch für die deutsch bleibende Industrie in polnische Hand, und der Tag wird kommen, wo der polnische Haß versucht wird, der deutschen Industrie im eigentlichen Sinne des Wortes das Wasser abzugraben. Weder das in Genf zusammengezeichnete „Wirtschaftsabkommen“, noch die kommende „Gemeinsame ober-schlesische Kommission“ werden eine Sicherung gegen solche Nachschärfen der Polen bilden.

Nicht minder drückt die Sorge um die künftige Belieferung des zersplitterten Industriegebietes mit elektrischer Energie. Die Belieferung erfolgte bis jetzt durch das Hochspannungsnetz der ober-schlesischen Elektrizitätswerke und die Zentralkraft einzelner Werke. Letztere sind nur von beschränkter örtlicher Bedeutung. Aber die ober-schlesischen Elektrizitätswerke sind eben die Hauptsache. Die ober-schlesischen Elektrizitätswerke besitzen zwei Kraftstationen, Gchorzow und Zabrze, die seit 1897 in Betrieb sind. Ihre Hochspannungsleitungen reichen von Tarnowitz im Norden bis Mißlowitz im Süden und von der Rosalengrube im Osten bis Weiskretscham im Westen. Sie haben eine Länge von 600 Kilometer und versorgen 56 Ortsgemeinden und Gutsbezirke mit Energie. In Vorkriegszeiten wurden jährlich rund 126 Millionen Kilowattstunden abgegeben, die sich mit 103 Millionen auf die ganze Industrie mit 7 1/2 Millionen auf das Straßenbahnnetz und mit 15 1/2 Millionen auf das Kleinere und die Beleuchtung verteilten. Zahlreiche Gruben und Hütten beziehen von den ober-schlesischen Elektrizitätswerken ihren Gesamtbedarf, viele Gemeinden die gesamte Straßen- und Wohnungsbeleuchtung. Der Arbeitsverkehr ist fast ganz auf die elektrische Straßenbahnen angewiesen, die eine Länge von 150 Kilometern haben und täglich ungefähr 100 000 Personen befördern. Was soll nun werden? Das Schicksal des Genfer Salomos schneidet mitten durch das verwickelte System der Elektrizitätsversorgung. Von den vereinbarten D. E. W. bleibt Zabrze deutsch, während Gchorzow polnisch wird. Die gewaltige Entwicklung des Verkehrs sowie die Beleuchtung und die Versorgung des Kleinere werden bis her nur durch die verhältnismäßig geringen Tarife der D. E. W. möglich, und diese Tarife können wiederum nur durch den erheblichen Strombedarf so niedrig gehalten werden. Bei der bevorstehenden Trennung des nördlichen und südlichen Teiles des Industriegebietes vom Zentrum und vom Westen müssen die Strom-, Erzeugungs- und Verteilungskosten in jedem anderen Gebiet beträchtlich in die Höhe gehoben werden, was auch auf den Betriebs-, Verkehrs- und Hausgebrauch schädlich wirken wird. Noch viele andere Dinge bieten ansehnlich der Veröffentlichung des Ober-schlesischen Rates ein überaus trauriges Zukunftsbild. Wir haben nur die beiden Lebensprobleme der Industrie, Wasser und Kraft herausgearbeitet. An ihnen allein schon wird das französisch-polnische Raub- und Zerstückelungswerk scheitern.

Dr. Ing. S. Hoffmann.

Die Steuererlasse.

Der Reichsrat befaßte sich am Samstag mit den neuen Steuererlassen. In dem Entwurf des neuen Einkommensteuergesetzes hat Preußen einen Konzeptionsentwurf vorgelegt, dahingehend, anstelle der Einkommensteuer eine Einkommensteuerzentrale zu errichten, die den Betrieb über das ganze Reich; der Betrieb solle durch die Rennvereine erfolgen. Das Reichsfinanzministerium hat sich gegen den dreifachen Entwurf ausgesprochen. Die Reichsratsausschüsse sprachen sich für den dreifachen Entwurf aus. In der Abstimmung der Vollversammlung des Reichsrats wurde der Ausschussbeschluss mit 54 gegen 29 Stimmen angenommen.

Zum Versicherungssteuergesetz hat die Mehrheit der Ausschüsse eine erhöhte Besteuerung der Versicherungsunternehmen angenommen, die Steuerhöhen der Rentenversicherungsvorlage wurden aber verhältnismäßig ermäßigt.

Die Umsatzsteuer soll nach der Rentenversicherungsvorlage von anderthalb auf drei v. H. erhöht werden. Die Befreiung der Ausfuhr und des ersten Umfanges nach der Einfuhr sollte beibehalten werden, die Luxussteuer wurde erweitert, indem insbesondere die Verbrauchssteuer von Seifen und Getränken schärfer herangezogen werden sollte. Ein Antrag auf

Verabschiedung der Steuer auf anderthalb v. H. wurde fest im Plenum mit 38 gegen 28 Stimmen angenommen.

Das Kapitalverkehrssteuergesetz (Neuregelung der Erbschaftsteuer) hat in den Ausschüssen eine ganze Reihe von Änderungen erfahren. U. a. wurde die Steuer für den Umlauf von Industrieobligationen auf 4 v. H. bemessen, während die Reichsregierung an dem Satz von 5 v. H. festhalten wird. Der Steuersatz für Aktien und Genossenschaftliche wurde gestaffelt, für Kundengeschäfte auf 6 und 7 v. H., für Privatschäfte auf 10, 12 und 15 v. H. Die Ausschussbeschlüsse wurden angenommen.

Die Vermögenssteuer sollte erhoben werden, soweit das Vermögen 50 000 M. übersteigt. Die Ausschüsse haben diese Grenze auf 100 000 M. erhöht und bestimmt, daß diese 100 000 M. ein für allemal steuerfrei bleiben. Der Steuertarif beweist sich in den Etagen von 1 bis 10 für das Tausend, wobei der höchste Satz für Vermögen von mehr als 20 Millionen Mark gilt. Für nicht pflanzliche Personen beträgt der Steuersatz allgemein 1 1/2 v. T. Die Vorlage soll auch das Reichsnotopfer, soweit es nicht nach der Novelle vom Dezember 1920 beschleunigt zu entrichten ist, durch einen Zuschlag zur Vermögenssteuer erhöhen.

Die Ausschüsse haben ein Kinderprivileg einseitig herabgesetzt, daß für jedes minderjährige Kind im Sinne des § 17 des Einkommensteuergesetzes ein Abzug von 50 M. von der Vermögenssteuer zu beantragen ist, sofern das Vermögen nicht mehr als 500 000 M. beträgt. Steuerbefreiungen sind für Leute über sechzig Jahren vorzusehen, die während der vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit sind. Diese Bestimmungen sollen nur dann gelten, wenn das Vermögen nicht mehr als 500 000 M. und das Einkommen nicht mehr als 40 000 M. beträgt. Vermögensverminderungen sollten nach der Rentenversicherungsvorlage nur berücksichtigt werden, wenn sie im Laufe der drei Veranlagungsjahre mehr als den vierten Teil ausmachen. Die Ausschüsse haben statt dessen den fünften Teil festgesetzt. Zum Reichsnotopfer überhaupt wurde bestimmt, daß bei größeren Vermögen nicht zunächst ein Drittel des Notopfers, sondern 40 v. H. zu entrichten sein sollen. Was darüber hinaus bereits entrichtet ist, soll der Steuerpflichtige zurück erhalten. — Die Ausschussbeschlüsse wurden angenommen.

Beim Vermögenswachstumssteuergesetz ist ein Streit darüber entstanden, ob bei der Steuerbefreiung der Ertragswert landwirtschaftlicher Grundstücke oder, wie es die Regierungsvorlage will, der gemeine Wert zugrunde gelegt werden soll. Der Regierungsvertreter erklärte auch im Plenum, daß die Reichsregierung daran festhalte, daß auch der Grundbesitz bis zur Grenze des Möglichen herangezogen werde. — In der Abstimmung wurde im Plenum ein entsprechender bayerischer Antrag mit dreißig gegen zwanzig Stimmen abgelehnt. Damit fielen auch weitere Anregungen Bayerns, die eine gewisse Bevorzugung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes bezweckten.

Die Ausschussbeschlüsse wurden angenommen, darunter auch die wichtige Änderung gegenüber der Regierungsvorlage, wonach steuerpflichtig ein Zuwachs von über 50 000 M. Mark sein soll. Die Regierungsvorlage hatte eine Freigrenze von nur 25 000 Mark vorgeschlagen.

Weiter beschäftigte sich der Reichsrat mit dem Entwurf eines Gesetzes über eine Abgabe vom Vermögenswachstum aus der Nachkriegszeit. Da nach Ansicht des Ausschusses die Wertveränderung im Besitze in Deutschland hauptsächlich auf die Entwertung der Mark zurückzuführen ist, hat er, um Härten zu vermeiden, vorgeschlagen, daß hinsichtlich des Vermögensstandes an Grund und Boden, der am 30. Juni 1920 vorhanden war, von einer Besteuerung des Mehrwertes abgesehen werden soll. Dagegen wird bei der Besteuerung von Grundstücken, die innerhalb des Veranlagungszeitraumes erworben sind, der Anschaffungspreis als für die Besteuerung maßgebend festgesetzt.

Bei dem beweglichen Vermögen, besonders Kapitalvermögen, ist für die Besteuerung maßgebend der Kursstand an folgenden drei Stichtagen: 30. Juni 1919, 31. Dezember 1919 und 30. Juni 1920. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögenszuwachs von 200 000 Mark. Die Steuer wird erhoben in acht Klassen und variiert zwischen eins bis fünfzig vom Hundert. Der Entwurf wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses einstimmig angenommen.

Bei der Körperschaftsteuer schlägt der Ausschuss eine Verdoppelung auf dreißig v. H. vor. Der Antrag des Reichsfinanzministeriums, die Dividenden an der Quelle zu besteuern, glaube der Ausschuss nicht Rechnung tragen zu können, weil nach seiner Ansicht die Durchführung dieser Besteuerung an der Quelle nicht möglich ist, da bei der sonstigen Belastung der Körperschaften durch die anderen Steuern die kleinen Erwerbsgesellschaften ruiniert würden.

Der Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes bringt eine grundlegende Änderung der bisherigen Besteuerung. In Zukunft soll die Steuer für kleine Kraftfahrzeuge nach der Wertgröße 50 bis 350 Mark betragen, während Personentransportwagen in Etagen von je vier Wertstufen mit 90 bis 200 Mark besteuert werden. Kraftomnibusse und Kraftfahrzeuge werden je nach ihrer Höhe ihres Eigenwerts mit einer Steuer von 300 bis 2000 Mark belegt. Der Ausschuss hat verhältnismäßig die Höhe des Regimentsentwurfs erhöht. Kraftfahrzeuge mit elektrischem Antrieb genießen eine Steuerermäßigung gegenüber den sonstigen Kraftfahrzeugen um 50 v. H.

Von einer Besteuerung der Fahrzeuge ohne Motorantrieb hat der Ausschuss mit Rücksicht auf ihre örtliche beschränkte Bewegung im Rahmen dieses Gesetzes abgesehen und ihre Besteuerung der Landesgesetzgebung überlassen, unter der Bedingung, daß ihre Besteuerung den Ländern vom Reiche zur Pflicht gemacht wird. Die Kraftfahrzeugsteuer ist als eine reine Finanzsteuer gedacht, die ausschließlich dem Reiche zugute kommen soll. Der Ertrag wird auf rund 100 Millionen geschätzt.

Der Fluch der Kette.

Vom 9. November bis zum Verlust des Ruhr-Gebietes.

Vor mir liegt ein Flugblatt des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus den Tagen vor dem 9. November; ein Flugblatt, wie sie zu ungezählten Tausenden auf den Straßen verteilt wurden: „Das Völkermord ist zu Ende, der Frieden ist gesichert! Wilson hat sich bereit erklärt, mit der gegenwärtigen Regierung Deutschlands Frieden zu schließen. Große Erfolge sind erreicht, weitere sind gesichert. Unser Ziel ist die Sicherung des Friedens und friedliche Umwälzung zu Demokratie und Sozialismus. Laßt Euch von diesem Wege der sozialdemokratischen Politik nicht abdrängen!“

Mit diesem Vertrauen auf Wilson, mit dem Glauben an die Hilfe des internationalen Proletariates begann es. Als der Gegner aber trotzdem Anstalten machte, die Situation nicht wie ein milder Sieger anzunehmen, der den Gehorsam gegenüber Wilson zu belohnen genötigt war, da kamen doch gewisse Zweifel in breitere Massen, ob man das richtige Mittel gewählt hatte. Dieser Strömung mußte dadurch der Boden entzogen werden, daß man selbst Beweise zur Schuld, möglichst zur alleinigen Schuld der alten Regierung gegenüber dem Volksgewissen und den friedlichen Nachbarn zusammenbrachte. Mit amtlicher Unterstützung kam Eisner nun zum Beweise der deutschen Schuld und der daraus entstandenen Verpflichtung zur Wiedergutmachung als logischen Folgerung. Von sich forderten nun die Feinde, daß der Völkermord alles zahlen müsse. Die Entwertung Deutschlands, wobei der Feind auf die volle Hilfe linksgerichteter Kreise rechnen und zählen konnte, wurde zum Kern geübten Strebens, den deutschen Militarismus zu beseitigen, den „Bourgeois“ wehrlos zu machen und die „auf dem Markte befindliche Reaktion“ zu vernichten. Die Weltdemokratie, die „keinen Raum mehr für militärische Staaten läßt“, gibt nur dem Feinde das Recht der Ausnahme, durch waffenstarrende Heere, Schwarze, Gelbe und Weiße den Militarismus herauszuhalten, weil ja durch diese der deutsche Militarismus niederknallen und somit indirekt ein Schutz für die junge demokratische Republik ansteht. Der Schuldlose mußte zahlen. Ertrager des demokratischen Aufschwungs von Deutschlands Verpflichtung war schließlich erschlich, als er am Tage des Abschlusses in Weimar sein „Erst schaff Dein Sach, dann trink und laß“ schrie.

Und doch hatten die Franzosen nie auch nur den leinsten Zweifel geäußert, wie sie sich zu den Ereignissen nach dem 9. November stellen würden. Die Aufforderung des Völkermordes zu den Verhandlungen nach Compiegne zu entlassen, war keine Einladung, keine Aufforderung an Gleichberechtigte gewesen. Das Telegramm lautete, was nicht anders bekannt sein dürfte: „Als die Deutschen so präsentierten“, ein militärischer Befehl.

Der erste Versuch der Franzosen, das Ruhrgebiet sich zu nehmen, mißlang. Ober-schlesien war offensichtlich die nächste im französisch-polnischen Programm so lohnige Ernte. Aber Ober-schlesien konnte doch nicht verloren gehen! Es siehe, wie die „Frankfurter Zeitung“ noch kurz vor der Genfer Entscheidung schrieb, das demokratische Prinzip in der Welt festzusetzen, wollte man diese Möglichkeit annehmen!

Der Raub Ober-schlesiens ist nun wohl zur nicht mehr zu beweisenden Tatsache geworden. Nur ist jetzt natürlich nicht mehr der Gedanke der Welt-demokratie, des Prinzips eines Völkermordes schattiert, sondern, wie der „Vorwärts“ schreibt, „die Monarchie, nicht die Republik, und selbstverständlich Ludendorff“ haben Ober-schlesien verloren.

Deutschland kann aber natürlich immer weiter zahlen. Wenn jeder Verstandige die Unmöglichkeit der Zahlung astronomischer Zahlen einah: die letzten Männer suchten nach dem Auswege, das Rechte herauszufinden in der Hoffnung auf verständnisvolles Mitgefühl beim Feinde zu hoffen. Rothemann, dessen tiefe Ethik und Enkel man am besten aus seinem „Eman“ über „die Zukunft des Strafrechts“ kennen lernen kann, leitete Deutschlands Geschichte mit einer Geheimdiplomatie, wie sie selbst das verheißt alte System sich nie hätte leisten dürfen. Stummend durfte der Feind auch beim Zwischenstadium kommen vorher nur erfahren, daß Rothemann und — werksmäßig — auch Gumbert sehr zufrieden seien. Rothemanns Ansicht, daß Deutschland zahlen könne, wird nachträglich zurückgezogen dahin demontiert, daß es nur froh ist, wie tief ein Volk ins Unrecht geführt werden könne. Nicht einmal der Verlust Ober-schlesiens kann Veranlassung zur sofortigen Einberufung des Reichstages geben. Der Charakter der Welt-demokratie ist mehr wie ad absurdum geführt worden. Grund genug, daß osteuropäische nicht nur die Bevölkerung in diesen schweren Tagen ihr Polen treiben, sondern auch das Schicksal des Mannes an den endlichen Sieg des demokratischen Gedankens in der Welt erneuert wird. Am 16. Oktober schreibt die „Frankfurter Zeitung“ im Leitartikel am Schluß: „Wir glauben weiter an die Möglichkeit, eine Gemeinschaft der Völker herzustellen und wir werden für sie wirken.“

Wir werden von unserer Regierung übernommen werden, das Rechte herauszufinden, um die „Schuldsumme“ bezahlen zu können. Aber wir werden es mit dem Gefühl tun, daß die Genfer Konferenz Staaten dazu weiterhin das aus dem Feinde ertreten, ihre Ansicht aus dem Vertrauen erfüllt zu haben. Dann aber folgt doch dem „Volksgewissen“ gegenüber die Exekution, die Belohnung und der Verlust auch des Ruhrgebietes.

Im Deutschland dann endlos zurückgerückt und wirtschaftlich zum armenlichsten Staatenstaate herabgesunken, so wird man aus den Trümmern veranlagter Herrlichkeit, aus den Massen, die sich über den Resten eines trost mancherlei Minoen doch stark aufwachen einträgen Staatswesen noch einziele nie verdorende Hände erwarteten sehen, die auch dann noch vom Bewusstsein zum demokratischen Gedanken in der Welt, zur Solidarität der Völker, zur Internationalität, zur Ethik des Völkerverbundes, Zeugnis ablegen!

Ganz leise beginnen die ersten Zweifel sich einzustellen. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in dem bereits genannten Artikel: „Und wenn man an unser demokratisches Gewissen appelliert, so müssen wir entgegen: Die Demokratie vernichtet sich in ihrem eigenen Volke, die aufhört für nationale Güter einzutreten.“

Zu spät für ein Volk, das Wehr und Ehr dahingegeben hat; zu spät für ein Volk, das statt der Pflege nationaler Güter das Leben für Parteigänger als der Güter höchstes erachtete. Wir hoffen auf eine deutsche Jugend in dem heißen Bunde eines „exorari aliquis nostris ex ossibus ultor!“

Dr. A. S.

Streikbewegung der Lokomotivführer.

Man schreibt uns aus Eisenbahnerkreisen: Die Darstellung über die Ursachen der tiefgehenden Bewegung in den Lokomotivführerkreisen, wie sie in Nr. 24 des „Tagblattes“ zum Ausdruck kamen, entsprechen nicht den Tatsachen. Es kommt darin nur der einseitige Verwaltungsstandpunkt zum Ausdruck mit dem offensichtlichen Streben, die übrigen Bevölkerungskreise gegen die Lokomotivführer einzunehmen. Daß der Dienst auf der Lokomotive ein sehr verantwortungsvoller und anstrengender ist, wird in dem Schlußsatz wohl selbst zugegeben, aber die darin aufgestellte Behauptung, daß die Verwaltung die Lokomotivführer mit den Sekretären gleichgestellt habe, trifft nicht zu. Wahrheit ist es allerdings, daß die Verwaltung, bis zum Reichsverkehrsministerium hinauf, den Lokomotivführern während den ganzen Befehlungsarbeiten immer wieder die allerbestimmteste Zusage gegeben hat, daß dieselben in der Frage der Spitzenstellung genau so behandelt werden sollen, wie die Sekretäre. Wäre dieses gegebene Versprechen eingehalten worden, so würde die große Beunruhigung unter den Lokomotivführern nicht entstanden sein.

In Wirklichkeit hat man von den Sekretären 33 Proz. in die Spitzenstellung nach Gruppe VII verbracht und zwar ohne jegliche Verringerung ihrer Tätigkeit, also genau das, was die Lokomotivführer ebenfalls für sich verlangen. Dagegen hat man nach langen Verhandlungen den Lokomotivführern 2,5 Proz. als Spitzenstellung angeboten und auch diese nur für solche Kollegen, welche aus dem eigentlichen Lokomotivführerdienst ausscheiden. Wenn es die Befehlungsverwaltung geahnt hätte, für die Gruppe der Sekretäre die Regelung der Spitzenstellung in obiger Weise vorzunehmen, so kann es nicht verstanden werden, daß dieses bei den Lokomotivführern nicht ebenfalls gehen sollte.

Einem jeden, der mit der neuen Befehlungsverordnung vertraut ist, dürfte es bekannt sein, welche großen Schwierigkeiten durch die vielen neuen Titelverleihungen in der Befehlungsverordnung vorgenommen wurden. Die Dezentralisierung würde ständen, wenn sie einen Blick hierher tun könnte und ganz bestimmt keine Stellung gegen die Lokomotivführer einnehmen, sondern die Berechtigung der Forderung voll zu erkennen und die Verbitterung, die in unseren Reihen Platz gegriffen hat, zu vermeiden.

Aber nicht nur hierin, sondern auch in der Frage der Aufwandsentschädigung wurde den Lokomotivführern eine Befehlungsverordnung zuteil, welche jedes Verständnis für deren verantwortungsvolle Tätigkeit vermissen lassen und in keiner Weise den heutigen Verhältnissen Rechnung tragen. Die große Erregung der Lokomotivführer dürfte der Regierung eine Mahnung sein, es nicht zum Neuen kommen zu lassen, damit unter ganzem Wirtschaftslieben vor schweren Rückschlägen bewahrt bleibe.

Schule und Kirche.

Geologische Prüfung.

Kürzlich fand hier die erste evang.-theologische Prüfung statt. Alle 26 Examinanden haben die Prüfung bestanden; sie heißen: Adolf Becker von Feuerbach, Helmuth Bier von Göttingen, Ludwig Eisinger von Dalsbach, Julius Richter von Gerolshausen, Herbert Fuchs von Offenbach a. M., Walter Goss von Gauenbach, Eugen Gorenflo von Seibelsberg, Ludwig Herrmann von Waldorf, Karl Krüger von Unterörsingen, Otto Leiser von Karlsruhe, Hilmar Linder von Karlsruhe, Rudolf Pöfker von Brühlhausen, Adolf Reimer von Pommern, Fritz Mono von Brombach, Theodor Pfefferle von Sulzfeld, Willibald Reichwein von Karlsruhe, Otto Rieder von Wetzheim, Karl Schäfer von Rößershausen, Andreas Schöble von Mühlbach, Alfred Schmiedert von Graben, Eugen Sped von Mannheim, Hilmar Treiber von Wiesloch, Otto Wasserhoffer von Gombelshausen, Karl Wacker von Karlsruhe, Maria Winnende von Molsheim i. Ell., Valentin Zahn von Mannheim.

Bad. Landesverein für innere Mission.

a. Weinheim, 27. Okt. Der Badische Landesverein für Innere Mission hielt seinen hier unter Vorsitz von Exzellenz Uibel sein diesjähriges Jahresfest ab und zugleich taute unter Vorsitz von Frau von Marischal der Evangelische Frauenverband für Innere Mission. Dabei hielt Frau Hartwich aus Berlin in der hiesigen Stadtkirche einen Vortrag über Bedeutung und Ziele der Vereinigung der Evangelischen Frauenverbände Deutschlands. Am Anschluß daran berichtete Fräulein von Düncker über die von ihr geleitete, unlängst errichtete evangelisch-soziale Frauenhochschule in Freiburg. Bei dem Anrede des Landesvereins für Innere Mission überbrachte Stadtpfarrer Kattiermann von Freiburg die Verbandserklärung für Weinheim, worauf Fräulein von Düncker einen Vortrag über die Bedeutung der Innere Mission in der Kirche und die Kirche die Innere Mission? — Stadtpfarrer Saah-Wetzheim hielt die Begrüßung und Redepredigt. Stier erstattete den Jahresbericht. Es wurden neue Wege und Ziele erwiesen wie der Verein dem Leben des Volkes zum Segen dienen kann. Stadtpfarrer Koppert-Weinheim überreichte namens der beiden evangelischen Gemeinden in Weinheim eine Spende von zusammen 4000 M. zugunsten der Kirchentätigkeit des Landesvereins. Als Kongressort für das nächste Jahresfest wurde Forstheim bestimmt.

